Nr. 169. 20. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 23. Juli 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der heutigen Nummer unsres Blattes ist eine vollständige Zusammenstellung der Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1903 sowie eine Uebersicht der Entwicklung der Socialdemokratie bei den Reichstagswahlen von 1871—1903 beigegeben. Die Drucklegung ist so angeordnet, daß der Leser durch entsprechende Zusammenlegung der Seiten ein zu dauernder Aufbewahrung geeignetes Heft herrichten kann.

Die Buchhandlung Vorwärts hält dieselbe Statistik geheftet zum Preise von 10 Pf. vorrätig.

Die Organisation der katholischen Kirche.

Wir haben bereits den erhöhten Einfluß gewürdigt, den sich der Klerikalismus unter der Leitung des verstorbenen Leo XIII. zu erringen verstanden hat. Es wurde betont, wie die Zeitverhältnisse selber zu Gunsten der klerikalen Tendenzen gearbeitet haben, so daß die Fortschritte der abendländischen Reaktion in den letzten Jahrzehnten zum guten Teil auch an diesem jüngsten Aufschwung von „Religion und Sitte" gemessen zu werden vermögen. Was uns jedoch an der katholischen Kirche am meisten interessiert, ist ihr hierarchischer Aufbau, ihre Organisation. Faßt sie den Begriff dieser letzteren auch in völlig andrem Sinne auf als wir Socialisten, die in der Organisation das demokratische Zusammenwirken gleicher und freier Menschen unter frei gewählter Führung verstehen, so hat sie doch von jeher ihre Schäflein zu lenken und, wenn es not that, zum Zusammenwirken nach den Plänen der Geistlichkeit zu vereinigen gewußt, und damit, wie ja auch in den Tagen des Kulturkampfes in Deutschland, das Beispiel einer Disciplin über die große Masse ihrer Anhänger gegeben, deren sich ihre Gegner gemeinhin nicht nur nicht versehen hatten, die vielmehr dem Klerikalismus, wie die Verhältnisse gegenwärtig liegen, zu einer gewichtigen Position zumal im Leben der westeuropäischen Völker verholfen hat, mit der eine jede Politik wird rechnen müssen.

Die Grundlage dieser Organisation bildet der Begriff der Kirche als einer von Christus, d. h. nach orthodoxer Auffassung von Gott gestifteten religiösen Anstalt und Gemeinschaft. Der Kirche werden zwei Seiten und Aufgaben zugeschrieben. Die eine bezieht sich unmittelbar auf das Verhältnis des Menschen zur überirdischen Welt und umfaßt das Gebiet der Moral, des Gewissens und der kirchlichen Gnadenmittel. Die andre Seite begreift das irdische Verhältnis ihrer Anhänger untereinander als Mitglieder der kirchlichen Gesellschaft. Als „gesellschaftlicher Organismus" nimmt die Kirche für sich ein besondres „Recht" in Anspruch, das jene beiden Gebiete der kirchlichen Wirksamkeit umfaßt und seinem Ursprunge nach teilweise als göttliches, teilweise als menschliches Recht angesehen wird. Als göttliches Recht werden alle jene Grundsätze bezeichnet, welche die kirchliche Tradition und Praxis auf Christus selber zurückführt. Sie umfassen die Vollmachten des Lehr-, Hirten- und Priesteramtes, aus denen die Kirche das ausschließliche Recht herleitet, die christliche Lehre zu predigen, die Völker im Glauben zu leiten und die sakramentalen Funktionen zu verrichten, Vollmachten, die man unter dem Namen der Kirchengewalt zusammenfaßt. Von diesen auf göttlichen Ursprung zurückgeführten Vollmachten wird behauptet, daß sie keiner wie immer gearteten weltlichen Rechtsprechung unterworfen sein können. Die Kirche beansprucht vielmehr von vornherein alle Rechte und Befugnisse, die zur Erfüllung ihrer kirchlichen Sendung, zur Ausübung der Kirchengewalt nötig und erforderlich sind. Der Staatsgewalt dagegen steht keinerlei Recht zu, von sich selber aus über kirchliche Angelegenheiten Gesetze und Anordnungen zu erlassen. Die Kirche spricht sich allein hier die volle Machtbefugnis zu und ihre Ansprüche gehen so weit, daß selbst für die Erteilung von Religionsunterricht in der weltlichen Schule die „canonische Sendung", d. h. die Bestallung durch den Bischof der Diözese oder im Einverständnis mit ihm benötigt wird. Dieses als göttliches bezeichnete Kirchenrecht ist nach orthodoxer Meinung weder national noch territorial, sondern universell; es gilt für alle Zeiten und für alle Völker, und vermöge der behaupteten Göttlichkeit ihres Ursprungs, die der Kirche den Besitz aller Wahrheit in religiösen Dingen verbürgen soll, weist sie jedem Menschen im Gewissen die Verpflichtung zu, sich ihren Lehren zu unterwerfen. Andrerseits werden alle diejenigen als „vor Gott und im Jenseits" zur kirchlichen Gemeinschaft gehörig gerechnet, die aufrichtig nach Wahrheit streben, „wenn sie auch aus unverschuldetem Irrtum hier auf dieser Welt nicht zur sichtbaren Gemeinschaft der Kirche halten". Der menschliche Teil des Kirchenrechts dagegen, der sich vorwiegend auf die Organisation der kirchlichen Verwaltung bezieht, kann national und territorial verschieden sein, wie ihm auch ebenso wie jedem weltlichen Recht die Fähigkeit und gegebenenfalles die Notwendigkeit der Umbildung und der Fortentwicklung zugewiesen wird.

Die katholische Kirche nimmt für sich das Recht in Anspruch, zur Durchführung ihrer religiösen Ansprüche gegen diejenigen, welche die kirchliche Ordnung verletzen, Strafen auch materieller Art, wie Verluste an Vermögen, Freiheit, Ehre und selbst körperliche Züchtigung, verhängen zu können. Dagegen steht der Kirche auf Grund ihrer eignen Lehre von der staatlichen Gewalt keine äußere unmittelbare Zwangsgewalt an Personen und Sachen zu. Die Wirksamkeit und die Beobachtung der kirchlichen Gesetze soll vielmehr in erster Linie auf dem Glauben an die göttliche Stiftung der Kirche und der Ueberzeugung von ihrer Notwendigkeit beruhen. Wo einem Kirchengesetze ein äußerer Zwang zur Seite steht, geht dieser ausschließlich von der Staatsgewalt aus. Freilich hat die Kirche dort, wo sie den nötigen Einfluß besaß, es nie verschmäht, sich des weltlichen Armes in der ausgiebigsten Weise zu bedienen und in den Zeiten ihres höchsten Glanzes die unumschränkte Gültigkeit kirchlicher Zuchtmittel und ihren bedingungslosen Einfluß auf das bürgerliche Gebiet behauptet und in Wirksamkeit gesetzt. Unter dem reinigenden und aufklärenden Wirken der späteren Zeit und insbesondere der Gegenwart hat man jedoch notgedrungen von einer Theorie wieder abkommen müssen, die während des Kulturkampfes von den Windthorst, Mallinckrodt und Reichensperger wiederholt als unberechtigter Eingriff der Kirche in das weltliche Gebiet hat bezeichnet werden müssen. Heute ist man gnädig genug, die Staatsgewalt nicht mehr ohne weiteres und von rechtswegen als den naturgegebenen Lakaien der Kirche in Anspruch zu nehmen. „Ob und inwiefern", heißt es in Verings Kirchenrecht, „die Staatsgewalt hier ihre Unterstützung gewährt, hängt an und für sich, wenn wir nämlich von den historisch begründeten wohlerworbenen Ansprüchen und Berechtigungen der Kirche gegenüber dem Staat absehen, auch wieder bloß von der freien Ueberzeugung ab, welche die Staatsgewalt von der Notwendigkeit und dem Werte der Kirche und der kirchlichen Ordnung hat." Wenn also nach klerikaler Auffassung selber neben der ideellen Verpflichtung, sich der kirchlichen Lehre zu unterwerfen, das Recht des Individuums wie des Staates steht, sich über Wert, Nutzen und Notwendigkeit der Kirche frei ein Urteil zu bilden und danach ihr praktisches Verhalten gegenüber der letzteren zu bemessen, so ist schwer zu ersehen, aus welch andren denn aus materiellen Gründen die Pfafferei der Gegenwart gegen den Grundsatz unsres Parteiprogrammes, daß Religion Privatsache, daß Staat und Kirche zu trennen seien, ihr wüstes und verhetzendes Geschrei und Geschimpfe erhebt.

Die Kirchengewalt ruht in der katholischen Kirche ausschließlich bei einem eignen Stande, der Geistlichkeit, entsprechend der Auffassung, daß Christus eine Sendung nur an die Apostel, und in oberster Instanz an Petrus, nicht aber an die gesamte Kirchengemeinde ausgesprochen habe. Demgemäß wird dem Papste die ganze Fülle der kirchlichen Gewalt zuerkannt, während die Bischöfe in Verbindung mit ihm die Kirche regieren. Die päpstliche und die bischöfliche Gewalt sind also nicht dem Wesen nach, sondern nur der Größe nach verschieden, der Papst ist, um einen dem mittelalterlichen Staatsrecht in Deutschland geläufigen Vergleich zu wählen, der erste unter seinesgleichen. Als oberstes Vorrecht des Papstes gilt neben dem Oberaufsichtsrecht über die Diözesanverwaltung der Bischöfe, der obersten Gesetzgebung und der obersten Gerichtsbarkeit das sogen. unfehlbare Lehramt, die definitive Entscheidung in Fragen der Glaubens- und der Sittenlehre, so daß gemäß der Auslassung des vatikanischen Konzils die Aussprüche des römischen Papstes, „wenn er ex cathedra spricht, d. h. wenn er in Ausübung seines Amtes als Hirt und Lehrer aller Christen gemäß seiner höchsten apostolischen Autorität eine von der ganzen Kirche festzuhaltende Lehre über Glauben und Sitten definiert", aus sich selbst, nicht aber aus der Zustimmung der Kirche unabänderlich sind. Daher denn auch die Aussprüche der Konzilien, selbst der allgemeinen, auch dann noch der ausdrücklichen Zustimmung des Papstes bedürfen und der Verwerfung verfallen können, wenn die eigens zu einem solchen Konzil bevollmächtigten Gesandten des Papstes sich mit den Beschlüssen bereits einverstanden erklärt hatten. Als Gehilfe und Vertreter des Bischofs in der einzelnen Pfarrei gilt der Pfarrer; jedoch beschränkt sich die Vertretung nur auf die seelsorgerischen Funktionen. Neben diesen drei grundlegenden Faktoren der kirchlichen Hierarchie haben sich im Laufe der Zeit noch eine Reihe von Kirchenämtern und Würden wie die der Kardinäle, der Patriarchen, der Metropoliten, der Domkapitel, der Prälaten u. s. f. herausgebildet, die zwar für die kirchliche Verwaltung im einzelnen von Interesse, für die eigentliche Grundlage derselben jedoch von keiner Bedeutung sind.

Die katholische Kirche ist also der bevorrechteten Stellung des Klerus zufolge ein societas inaequalis, eine auf der Ungleichheit beruhende Gemeinschaft. Die Pfarrgemeinde hat im Gegensatz zum Protestantismus nur eine passive Bedeutung, indem sie lediglich den Kreis derer darstellt, die der seelsorgerischen Leitung des Pfarrers unterliegen. Darin erschöpfen sich im wesentlichen ihre Rechte. Daher sind in einer katholischen Pfarrgemeinde auch nicht die Mitglieder der Pfarrei Träger der juristischen Persönlichkeit, sondern die tote Sache, das Pfarrvermögen, dessen Vertretung einschließlich der Schul- und Armenfonds dem Pfarrer als dem Organ des Bischofs unter der Aufsicht des letzteren zusteht. Das allein schon zeigt die Bedeutung, die das „Vermögen" im katholischen Kirchenrecht besitzt. Speciell die Vermögensfrage führt uns vom Gebiet der Theologie in das der Geschichte.

Hat die Vermögensfrage den Gegensatz von Klerus und Laienelement ausprägen helfen, so hat sie den vorhandenen Unterschied zu einer wirtschaftlichen und politischen Machtfrage weiterentwickelt. Es ist eine nicht wegzuleugnende Thatsache, daß mit der Abnahme des Einflusses, den das vorwiegend proletarische Laienelement in den ersten Zeiten des Christentums besaß, daß mit der zunehmenden Macht der Klerisei auch ihre Attentate auf den Geldbeutel der Besitzenden wie der Nichtbesitzenden wuchsen. Von jeher hat die Kirche für sich die Notwendigkeit, Vermögen zu erwerben, betont, und von jeher hat sie es verstanden, den Bettel im Großen und im Kleinen zu organisieren, hat sie für Steuer- und Zehntenwesen die ausgeprägtesten Instinkte verraten. Wir können hier nicht die verschiedenen Methoden frommen Vermögenserwerbes erörtern. Hervorgehoben sei nur, daß diese fortgesetzten Aderlässe weniger mit der Notwendigkeit begründet wurden, für Kirchen und Klerisei Subsistenz und Unterhalt zu gewinnen, als mit dem beliebten Vorgeben, daß aus dem „frommen Körper", dem „Patrimonium der Armen", Not und Elend pflichtgemäß gelindert werden sollten. Schon als die Kirche aus einer politisch unterdrückten zu einer politisch herrschenden Korporation geworden, als sie ihre ursprüngliche Aufgabe, die ihr das städtische Proletariat zugeführt, zwischen Reich und Arm die Brücke zu schlagen, immer mehr aus den Augen verlor, wurde das in den Händen der Geistlichkeit verbliebene Armengut bald genug ein Mittel, die Armut selber sich ökonomisch im Interesse der bestehenden Mächte dienstbar zu machen, ein Charakteristikum, den dieses sogenannte Armengut bis auf den heutigen Tag nicht mehr losgeworden ist. Als besonders befähigte Geldaneignungsorganisationen erwiesen sich die religiösen Orden. Kommunistische Korporationen auf religiöser Grundlage ist ihre Stellung zur Jurisdiktion der Bischöfe und des Papstes eine verschiedene. Manche, wie die Jesuiten, unterstehen lediglich dem Ordensgeneral und durch diesen unmittelbar dem Papst; bei andren sind den Diözesan-Bischöfen gewisse Aufsichtsrechte über die in ihrem Sprengel liegenden Klöster gewahrt. Wie verschieden aber auch ihre Lage und ihre vorgeblichen Zwecke — alle verstanden es, in der kürzesten Frist reich zu werden. Auf diese Weise sammelte sich im Laufe der Zeit ein Vermögen zumal an Immobilien in den Händen des Klerus an, das wiederholt den Eingriff der weltlichen Gewalt, selbst „heiliger" Könige wie Heinrichs II. nötig machte. So groß die Verluste der Kirche seit der Reformation gewesen sein mögen, in Ländern wie z. B. Oestreich und Frankreich ist ihre ökonomische Macht noch heute eine gewaltige, zumal man unter dem Pontifikat Leos XIII. diese Seite der kirchlichen Frage nicht unterschätzt und gebührend zu kultivieren nicht unterlassen hat.

Das Gesagte dürfte genügen, um die Bedeutung des Klerikalismus für die Gegenwart und die Grundlagen seiner Macht zu kennzeichnen. Aufgebaut auf das gesellschaftliche Princip der Ungleichheit und gestützt auf eine straffe aristokratische Organisation, tritt er auf mit dem Anspruch auf die alleinige Leitung der Gewissen, sucht er die Individualität in ihrem innersten Wesen zu treffen und die Gesellschaft in Botmäßigkeit von sich zu bringen, indem er seinen „geistlichen" Strebungen gleichzeitig eine gesunde und reelle Basis zu geben sich beflissen zeigt, die ihm mit wirtschaftlichem Einfluß den Hauptfaktor der Macht sichert. Daß weder das feudale noch das kapitalistische Ausbeutertum ein derartiges ihnen wirtschaftlich gewachsenes System zu brechen vermochten, liegt auf der Hand.

Aufgabe der Massenpolitik des Socialismus mit seinen demokratischen Formen der individuellen Gleichheit und Freiheit wird es sein, das Kirchentum seines ökonomischen Charakters zu entkleiden, um es in seine ursprüngliche, rein geistige Sphäre zurückzuführen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Juli.

Die schlesische Schande.

Die Behandlung, die die bürgerliche Presse der schlesischen Schande angedeihen läßt, bewegt sich zwischen zwei Extremen. Einzelne Organe begnügen sich damit, gegen den „Vorwärts" zu toben und seine Kritik so zu verdrehen, als ob er die Hilfskomitees und Privatwohlthäter schlecht machen wollte. Andre sehen sich genötigt, leiser oder lauter in das Urteil einzustimmen, daß die Socialdemokratie über die preußische Wirtschaft gesprochen hat. Dem frommen „Reichsboten" ist sogar die Erleuchtung über Nacht gekommen. Während er gestern noch über „jüdisch-radikale Hetze" zeterte, muß er jetzt selbst zu den naiven Auslassungen der „Berl. Korrespondenz" bemerken:

> Völlig unverständlich ist hierin zunächst die Ansicht, daß man die Aufräumungsarbeiten und sogar die Vorbeugung von Typhusepidemien ohne Mitwirkung des Staates der freiwilligen Liebesthätigkeit überlassen soll. Diese hat genug andres zu thun; vor allem den ihrer Nahrung und ihres Obdachs Beraubten zur Seite zu treten. Der Hohn, mit dem der „Vorwärts" dieses Gehenlassen einer sogar die öffentliche Gesundheit bedrohenden Erscheinung überschüttet, ist **nicht ganz unverdient**, wenn natürlich auch mit radikaler Bissigkeit übersalzen.

Und die „Deutsche Tageszeitung", die als konservatives Blatt und als Blatt der Kanalgegner ja auch ein Organ der herrschenden Landtags-Clique ist, schreibt:

> Wir müssen also fordern, daß, ohne Rücksicht auf die **weitergehenden Kanalprojekte** der Regierung, ungesäumt eine gründliche Prüfung der gesamten wasserwirtschaftlichen Verhältnisse in Preußen erfolgt und auf Grund derselben den bestehenden Gefahren begegnet wird. Wie groß diese Gefahren sind, lehrt schon allein der Umstand, daß, wie ein hiesiges Blatt hervorhebt, Schlesien im vorigen Jahrhundert fünfzehnmal von der Wassersnot heimgesucht worden ist, das lehren die Verhältnisse an der Weichsel und Nogat, wo die Bevölkerung jedes Frühjahr mit Angst und Schrecken durchlebt und auch im Sommer, wie jetzt, vor Ueberschwemmungen nicht sicher ist, das lehren die Verhältnisse an der Havel und Spree, wo weite fruchtbare Ländereien der dauernden Versumpfung überantwortet zu sein scheinen.

Die „Deutsche Tageszeitung" hat allerdings alle Ursache, besonders laut nach dem Dieb zu rufen. Denn die wasserwirtschaftliche Vorlage vom Jahre 1901 — in Agrarierkreisen kurzweg als der „Lanalkanal" bekannt — forderte neben dem Dortmund-Rhein-Kanal, dem Mittelland-Kanal, dem Großschiffahrtswege Berlin-Stettin, der weiteren Ausbildung der Wasserstraßen zwischen Weichsel und Oder auch die Beschaffung ausreichender Vorflut im Oderbruch, die Verbesserung der Verhältnisse an der unteren Oder sowie an der Spree und Havel. Die Agrarier wollten aber damals lieber die Bauern ersaufen lassen, als für eine Verbilligung des Massenverkehrs zu sorgen und den Erpressungsrevolver für den großgrundbesitzerischen Brotwucher aus der Hand zu geben. Andrerseits ist es aber ebenso klar, daß die Regierung den Schutz der Ueber-

schwemmungsgebiete nicht so lange aufschieben darf, bis ihr Handel mit den Agrariern fertig ist.

Schließlich fühlt die „Deutsche Tageszeitung" auch das Bedürfnis, aus der schlesischen Ueberschwemmung die Monarchie zu retten, indem sie meldet:

Wie uns aus Breslau von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, ist beim Oberpräsidium ein ausführliches Telegramm des Kaisers aus Norwegen eingetroffen, in welchem er sich über den Umfang des Hochwasserschadens Bericht einfordert und **schnelle und ausreichende Hilfe** zusichert.

Die schnelle und ausreichende Hilfe kann der Kaiser für sich allein doch nur aus seinen privaten Mitteln leisten; zur Flüssigmachung öffentlicher Mittel ist ein Beschluß der Staatsregierung erforderlich, der nach der amtlichen Korrespondenz nicht „schnell", sondern erst nach Eingang des amtlichen Berichts gefaßt werden soll, und von dem man obendrein nicht weiß, wie er ausfallen wird. Einstweilen aber hofft die königlich preußische Regierung noch, wie man erst gestern gelesen hat, darauf, daß private Wohlthäter für die ganzen Kosten aufkommen werden.

Die „Tägliche Rundschau" antwortet der „Berliner Korrespondenz":

Wir wollen mit den Einzelheiten des offiziösen Schriftsatzes nicht rechten. Sonderlich glücklich ist er nicht; manches an ihm berührt sogar **unwillkürlich komisch**. Was soll es denn nur heißen, wenn feierlich versichert wird: Herr v. Hammerstein sei ins Notstandsgebiet gereist, „um das hohe Interesse der Staatsregierung an der Inangriffnahme der Hilfsaktion an den Tag zu legen"? Ja, ums Himmels willen, was soll denn nur der kgl. Staatsregierung „hohes Interesse" abzwingen, wenn nicht die unverschuldete Not fleißiger, tüchtiger Menschen, denen die feindlichen Elemente ihr Hab und Gut zerstörten? Auch sonst weht durch den zweiten Teil des Aufsatzes ein Ton kühler Zurückhaltung, der nicht ganz zu dem Schwung des Anfanges passen will, der uns mit beredten Worten den Umfang des Jammers schildert. In der Verweisung auf die öffentliche Mildthätigkeit und die gottlob ja vorhandene „große Opferfreudigkeit" wird man die Einlösung aber ebensowenig zu sehen vermögen, wie etwa in einem Notgesetz nach dem Muster des letzten von Anno 1898, da die Regierung von zehn Millionen, die ihr vom Landtag bewilligt worden waren, um der lieben Sparsamkeit willen noch nachträglich fünf streichen ließ. Hier muß endlich einmal etwas Organisches geschehen; hier müssen **die** Wasserbautechniker vor die Front!

Die „Kreuz-Zeitung" versucht sogar witzig zu werden:

Wenn socialdemokratische Blätter die Wassersnot in Schlesien auf den Kapitalismus zurückführen, so thun sie nur, was man von ihnen erwartet hat; man lacht darüber, wie man über das neckische Dienstmädchen in Molières „Eingebildetem Kranken" lacht, das, als Arzt verkleidet, alle Leiden ihres Herrn aus der Lunge herleitet. „Die Lunge!" sagt sie — „der Kapitalismus!" sagt der Soci.

Die „Kreuz-Zeitung" will es offenbar ihren Lesern nicht verraten, daß die Socialdemokratie nicht „den Kapitalismus", sondern die junkerlich-konservative Mißwirtschaft, die in Preußen herrscht, für die mangelnde Voraussicht des Staates und für das Fehlen aller, auch der allernotwendigsten Vorkehrungen verantwortlich macht. —

* * *

Deutsches Reich.

Der Kaiser hat für die Marine eine **neue Flaggen- und Salutordnung** aufgestellt. —

Verspätetes Bekenntnis. Der nationalliberale Reichsverein zu Dresden erstattet soeben einen Jahresbericht über die gegenwärtige politische Lage und darin wird über die Haltung der eignen Partei in den Zollkämpfen gesagt:

„Die politische Lage ist zur Zeit recht trübe. Wenn es auch gelungen ist, das Zolltarif-Gesetz unter Dach zu bringen, so ist das doch in einer Weise und **namentlich mit Mitteln** geschehen, die **weite Kreise unsrer Partei nicht zu billigen vermögen**, und die Hoffnung, die nach dem Verlaufe des Eisenacher Delegiertentages berechtigt schien, daß die Partei den liberalen Gedanken energischer als bisher betonen werde, **schien durch ihr Verhalten im Reichstage für viele getäuscht zu sein.** Die Hauptentscheidung im Zollkampf steht noch aus. Sie wird erst im neuen Reichstage bei den Beratungen über die neuen Handelsverträge fallen. Bei ihr gilt es nunmehr, den ohne alle Rücksicht auf das Gemeinwohl geltend gemachten einseitigen Ansprüchen der Agrarier entgegenzutreten."

Das sind ganz löbliche Worte. Aber warum kommen die Dresdener Tapferen acht Monate zu spät? Als die nationalliberale Fraktion im Reichstage die energische Betonung des liberalen Gedankens durch die Kardorfferei betrieb, da hat man auch in Dresden hübsch den Mund gehalten.

Jetzt heißt es in demselben Jahresbericht, daß die sächsischen Nationalliberalen den Landtag zu „einer gerechten Vertretung aller Kreise des Volkes" umgestaltet sehen wollen. Wir fürchten nur, daß eine sehr ungerechte Gestaltung des Landtages durch die Maßgebenden in Sachsen beabsichtigt wird und daß die Nationalliberalen auch dazu wiederum ihre Hand bieten werden. —

Mit der Möglichkeit eines nahen Sieges der Socialdemokratie rechnet Herr v. Zedlitz-Neukirch im „Tag", ja er sieht schon die Götterdämmerung der Hohenzollern-Monarchie heranziehen. Denn die Socialdemokratie sei und bleibe antimonarchisch und könne nur „auf den Trümmern der Monarchie der Hohenzollern Regierungspartei werden". Auch das Vertrauen auf das „starke gut disciplinierte Heer" sei keineswegs gerechtfertigt. Denn von socialdemokratischer Seite werde planmäßig auf die Indisciplinierung der Heerespflichtigen hingearbeitet. Herrn v. Zedlitz ist das durch ein Reiseabenteuer völlig klar geworden, das er, nachdem er seine Leser in die richtige Stimmung der Spinnstube gesetzt hat, folgendermaßen erzählt:

Kurz vor den Stichwahlen fuhr ich spät abends von Eberswalde, wo ich in einer Wahlversammlung gesprochen hatte, nach Berlin zurück. Denselben Zug benutzten eine Anzahl von Socialdemokraten. Ihr Wortführer nahm den gemeinsamen Aufenthalt auf dem Bahnhofe wahr, mir wiederholt und nachdrücklichst zu Gehör zu geben, daß sie die heranziehende Jugend sorgsam so erzögen, **„daß sie nicht auf Vater und Mutter schießen werde"**.

Die socialdemokratische Jugend muß in der That sehr verroht sein, wenn sie nicht auf Vater und Mutter schießen will, und die Sache der Monarchie befindet sich in sehr guten Händen, wenn man ihre Erhaltung von der Neigung der Jugend zum Elternmorde abhängig machen zu müssen glaubt. In der Wahlzeit haben ostpreußische Pfaffen ihren Gläubigen erzählt, daß die Socialdemokraten Muttermörder seien, nach der Wahl klagt eine fromme Stütze der Christenheit, daß die Socialdemokraten keine Lust hätten, Muttermörder zu werden.

Die Anhänger der Monarchie thäten viel besser, in friedlichem Meinungskampfe den Beweis dessen zu versuchen, was für sie bisher ein Dogma ist, an das man glauben muß: daß nämlich das Heil des deutschen Volkes für ewige Zeiten mit dem Bestande ein und derselben Staatsform verknüpft sei. Seine eigne Beweisführung sollte Herrn v. Zedlitz davon überzeugen, daß durch rücksichtslose Scharfmacherei nur eine Verschärfung jenes Konflikts herbeigeführt werden kann, der für ihn und seine Gesinnungsgenossen die größte Gefahr bedeutet. Denn eigentlich und endlich sprechen ja aus den Kanonenschlünden nicht die Gründe des Königs, sondern die der Kanoniere. Die Gewalt ist kraftlos, hinter der nicht die Ueberzeugung steht. —

Von „socialdemokratischem Terrorismus" faselt die „Post" aus Anlaß eines Vorkommnisses gelegentlich der Bauarbeiter-Aussperrung in Hannover. Dort haben die Bauunternehmer ihre Leute solcher Forderungen wegen, die in Städten mit gleichen Lebensmittel- und Wohnungspreisen längst durchgeführt sind, rücksichtslos aufs Pflaster geworfen. Als Ersatz haben sie unter Vorspiegelung falscher Thatsachen **Galizier herbeigeholt** und diese, um sie vor jeder Aufklärung durch die Ausgesperrten zu behüten, in einer leerstehenden Fabrik untergebracht. Notwendigerweise mußten sie auch die Verpflegung ihrer Schutzbefohlenen in die Hand nehmen und wandten sich an die zunächst wohnenden Fleischermeister ꝛc. Die Arbeiterfrauen, welche bisher ihre Ware von den in Rede stehenden Fleischern und Krämern bezogen, entzogen den Lieferanten für die Streikbrecher sofort ihre Kundschaft, und in dieser Handlung erblickt die „Post" „socialdemokratischen Terrorismus"! Aber noch besser. Ein Teil dieser Kleinhändler wollte nicht eines augenblicklichen Vorteils wegen die dauernde Kundschaft der ansässigen Arbeiter verlieren und verzichtete auf die Lieferung für die Arbeitswilligen. Das versetzt die „Post" in solche Wut, daß sie in demselben Atem, in dem sie über „socialdemokratischen Terrorismus" faselt, schreibt:

„Für das Unternehmertum würde sich die Frage ergeben, wenn sich weiterhin zeigen sollte, daß ihm der Kampf gegen socialdemokratischen Uebermut auch von seiten der kleinen Kaufleute noch erschwert wird, ob es sich nicht empfiehlt, in weiterem Umfange als bisher schon Konsumvereine zu gründen, um nicht mehr auf Geschäfte angewiesen zu sein, welche socialdemokratischen Winken gehorchen."

Also die „Post" empfiehlt Terrorismus, um Terrorismus durchzusetzen! Erst terrorisiert das Unternehmertum die Arbeiter durch Herbeiholung von Lohndrückern aus dem Auslande; der nationale Patriotismus des „Post"-Unternehmertums erweist sich in der Aushungerung Deutscher vermittels fremdländischer Schmutzkonkurrenz. Dann, sobald sich die anständige Bevölkerung, die zudem wirtschaftlich auf den Konsum der Arbeiter angewiesen ist, gegen diesen Terrorismus wehrt, dann erneuter Terrorismus durch den Versuch, diesen wirklich im deutschen und im Arbeiter-Interesse verfahrenden Bevölkerungskreisen den Warenabsatz zu sperren. Um die Aushungerung der Arbeiter durchzusetzen, empfiehlt die „Post" die Aushungerung des angeblich so gehegten kleinen Mittelstandes! Und das jammert über socialdemokratischen Terrorismus! —

Vom liberalen Traumbild der „großen Linken". Aus Hessen wird uns geschrieben: In ziemlich unverblümter Weise hat die freisinnige „Wormser Volkszeitung" ausgeplaudert, welche Rolle der Socialdemokratie bei dem großen Traumbild: „die aktionsfähige Linke" zugedacht ist. In Darmstadt waren bei den letzten Landtagswahlen die beiden Nationalliberalen mit Hilfe unsrer Genossen verdrängt und die beiden Freisinnigen gewählt worden. Die Mehrheit war aber eine so geringe, daß der Landtag auf die eingelegten Proteste hin die beiden Mandate für ungültig erklärte. Inzwischen haben nun die Reichstagswahlen stattgefunden, bei denen sich die Freisinnigen in Darmstadt eine Zählkandidatur leisteten, um den Nachweis zu führen, daß sie die schwächste Partei in der Residenz sind. Unsere Genossen, die bekanntlich das Reichstagsmandat im ersten Wahlgange eroberten, machten nun den Freisinnigen begreiflich, daß sie nach dem Ausfall der Reichstagswahlen doch unmöglich auf beide Landtagsmandate beharren könnten, sie sollten eines an die Socialdemokratie, die stärkste Partei, abtreten. Das lehnten die Freisinnigen rundweg ab. Und nun redet die „Wormser Volksztg." unsren Genossen gar beweglich ins Gewissen:

„... Gesetzt den Fall, die Freisinnigen würden den Socialdemokraten das eine Mandat abtreten. Woher wissen denn die Herren, daß dann die beiden Mandate der Linken erhalten bleiben? Steht nicht vielmehr zu befürchten, daß eine ganze Reihe Wähler da nicht mitmachen würde?! Der Sieg war doch damals nur mit wenigen Stimmen errungen. Die „M. Vztg." und das „Off. Abendbl." wissen so gut, wie wir, daß auf ein gut Teil Liberaler das „rote Gespenst" noch immer einen gewissen Schrecken ausübt. Sie lassen sich zwar die Unterstützung gefallen, aber zusammengehen — nee. ...

... Schließlich wollen wir noch bemerken, daß wir in diese Sache nicht eingreifen aus Liebe zu irgend einer Partei, sondern aus der kühlen Erwägung heraus, daß wir in Hessen, wo unter der Socialdemokratie so viele vernünftige Köpfe sind, das anstreben sollen, was im Reiche notthut: eine aktionsfähige Linke!"

Das läßt an Deutlichkeit nichts, aber auch gar nichts zu wünschen übrig. Die „starke und große Linke" kann in den Parlamenten sofort in Aktion treten, wenn die Socialdemokratie die Wähler und die „Liberalen" die Abgeordneten stellen. —

Militärjustiz. Vor dem Kriegsgericht der 15. Division standen in Aachen der Unteroffizier Wiese und der Sergeant Cröplin von der 9. Compagnie des 132. Infanterieregiments unter der Anklage der vorschriftswidrigen Behandlung eines Untergebenen, des Rekruten Göbbels, der wegen dieser Behandlung **Selbstmord** begangen hat. Wie durch zahlreiche Zeugen festgestellt wurde, hat besonders der Unteroffizier Wiese den Rekruten **in unablässiger Weise schikaniert.** Einmal nahm er dem Rekruten heimlich einen im Dienst zu gebrauchenden Spaten weg. Dann ging er und forderte dem Soldaten den Spaten in eindringlichster Art ab; er drohte ihm dabei wiederholt, daß er ihn auf die Festung bringen werde. Als der Gepeinigte und Geängstigte dann sich selbst das Leben genommen hatte, fand man den Spaten in dem Bett des Unteroffiziers versteckt. Das Gericht verurteilte den Sergeanten zu **sechs Tagen Mittelarrest**, den Unteroffizier Wiese zu **zwei Monaten Gefängnis.**

Derartig gelinde Strafen in einem Fall, in dem fortdauernde Peinigungen einen Soldaten zum Selbstmord trieben, sind nur geeignet, Beunruhigung unter alle diejenigen zu tragen, die Angehörige in der Armee haben.

Uebrigens — und dies ist noch besonders charakteristisch — es fehlte nicht viel, dann wäre **dieser Fall gar nicht herausgekommen** und die That wäre **überhaupt ungeahndet** geblieben. Denn der Selbstmord geschah schon am 17. Juni 1901. Damals wurde, wie der Aachener „Volksfreund" mitteilt, den Mannschaften **durch den Compagniechef** erklärt: Göbbels sei **wegen Familienverhältnissen** in den Tod gegangen; niemand solle etwas andres berichten. Erst im Herbst 1902 wurde die Angelegenheit durch einen andern Soldaten, der zur Reserve entlassen worden war, im Fluß gebracht. —

Ein billiger Spaß. Das Schöffengericht in München verurteilte den Centrums-Abgeordneten Heim zu 10 M. Geldstrafe, weil er in einer Genossenschafts-Versammlung, als Bauern klagten, daß das Proviantamt bei Lieferungen ihnen Händler vorziehe, dazwischen rief: **„Rollender Rubel".** Das Kommando des ersten bayerischen Armeecorps hatte Strafantrag wegen Beleidigung gestellt, weil durch den Zwischenruf „rollender Rubel" den mit der Abnahme von Heu betrauten Beamten der Vorwurf gemacht werden solle, sie hätten sich von einem Heuhändler bestechen lassen. Vor Gericht erklärte Abg. Heim, daß es sich lediglich um eine private Aeußerung gehandelt habe, als ein ihm bekannter Herr in der Versammlung eine bekannte Geste durch Reiben mit Daumen und Zeigefinger gemacht, worauf er privatim über den Tisch hinüber „rollender Rubel" geäußert habe. Es habe sich dabei um eine scherzhafte Bemerkung gehandelt. Herr Dr. Heim ist für seinen Spaß billig davongekommen. —

Die Polizei ohne Rechtswidrigkeitsbewußtsein.

Vor einiger Zeit wurde aus Friedeberg i. Schl. von der rechtswidrigen Verhaftung zweier Kaufleute durch einen Polizeibeamten berichtet. Jetzt hat die Gerichtsverhandlung stattgefunden, die nicht nur die Thatsache bestätigt, sondern ein neues Beispiel bringt, in welcher Wundermilde die Justiz Polizeiverfehlungen beurteilt. Der Hirschberger „Bote aus dem Riesengebirge" berichtet vom 21. d. M.:

Schutz vor Schutzleuten forderte der Staatsanwalt heute in einer Verhandlung gegen den **wegen Freiheitsberaubung** angeklagten **Stadtwachtmeister** Julius Böttcher aus Friedeberg am Queis. Böttcher hat in der Nacht zum 31. März zwei ortsfremde Kaufleute, Männer in gesetztem Alter, **rechtswidrig verhaftet** und für eine Nacht **eingesperrt gehalten.** Die beiden Kaufleute — Ernst Schmidt aus Breslau und Moritz Freiberg aus Sprottau — hatten „im Löwen" in Friedeberg Quartier genommen und dann abends noch einen Kunden besucht. Als sie nachts heimkehrten, fanden sie ihr **Hotel** verschlossen. Zunächst versuchten sie unter Beihilfe eines städtischen Nachtwächters sich mit der Hausglocke bemerkbar zu machen, doch schien diese nicht zu funktionieren und so wurden einigemale die Klopfringe an der Hausthür in Thätigkeit gesetzt. Es zeigte sich im Hause dann auch ein Lichtschein. Die Herren stellten darauf das Klopfen ein. Mittlerweile war der Stadtwachtmeister auf der Bildfläche erschienen. Er fuhr in barschem Tone die beiden Kaufleute an, sie sollten sich ruhig verhalten, und als diese erwiderten, daß sie nur in ihr Hotel wollten: „Sie haben den Mund zu halten". Die Reisenden verwahrten sich gegen diesen Ton. Damit kamen sie aber schlecht an. Böttcher erklärte ihnen, sie zu verhaften, wenn sie nicht augenblicklich den Mund hielten. Natürlich protestierten die beiden, sie wurden von Böttcher jedoch nach kurzer Hin- und Herrede **verhaftet.** Auf das Anerbieten der Verhafteten, sich durch ihre Papiere zu legitimieren, oder sich durch den in Friedeberg angesessenen Kaufmann Pohl rekognoscieren zu lassen, erklärte der Wachtmeister: „Das habe ich nicht nötig." Im Polizeigewahrsam wurde den beiden, nachdem sie sich nochmals bereit erklärt hatten, sich zu legitimieren, alles: Papiere, Briefe, Portemonnaie, Taschentücher, Hosenträger, Geld (ohne Nachzählung) usw. abgenommen und sie von dem Wachtmeister mit den Worten: **„So, da haben Sie Ihr Logis!"** in eine dunkle Zelle gesperrt. Die Reisenden verbrachten in dem „Verließ" — wie ein Beisitzer des Gerichts die in einem alten Turm untergebrachte und nur mit Stuhl und Pritsche möblierte Zelle nannte — wahrlich keine angenehme Nacht. Am andern Morgen verlangten sie, zu Protokoll vernommen zu werden, ließen von ihrem Verlangen aber ab, als ihnen der Wachtmeister erklärte, daß er sie dann bis 11 Uhr festhalten werde. Der Stadtwachtmeister erklärt heute, die beiden Kaufleute nur festgenommen zu haben, um weitere Ruhestörungen zu verhindern. Die Verhafteten hätten ihm erklärt, weiter klopfen zu wollen, wenn nicht aufgemacht würde. Die heute als Zeugen erschienenen Kaufleute bestreiten jedoch ganz entschieden, eine derartige Erklärung abgegeben zu haben. Der Staatsanwalt hält denn auch den Stadtwachtmeister der Freiheitsberaubung für schuldig. Es habe nicht der geringste Anlaß zu der Verhaftung vorgelegen. Die beiden Kaufleute wären zu der Benutzung des Klopfers berechtigt gewesen. Aber selbst, wenn der Angeklagte das Klopfen für ungebührlichen ruhestörenden Lärm gehalten habe, hätte es ihm an Anhaltspunkten für die Annahme, daß die Herren weiter klopfen würden, gefehlt. Der Angeklagte habe ferner auch das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit seiner Handlungsweise gehabt. Die Verhaftung sei lediglich erfolgt, weil die Leute nicht den Mund gehalten haben, als es ihnen der Wachtmeister gebot. Wenn er sich der Willkürlichkeit der Festnahme nicht bewußt gewesen wäre, hätte er die Legitimation zum mindesten im Wachtlokale angenommen. Auch die Art und Weise der Behandlung in der Zelle, die Abnahme der Sachen, **als ob es sich um Verbrecher handele,** sprechen für die subjektive Schuld des Angeklagten. **Das Publikum rufe nach Schutz vor der Polizei** und der müsse ihm vom Gericht werden. Ein Mann, der berufen sei, das Publikum zu schützen, und sich dann derart vergehe, müsse die Schwere des Gesetzes spüren. Vier Wochen Gefängnis seien eine angemessene Strafe. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Rosemann, sucht nachzuweisen, daß Angeklagter nicht das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gehabt hat. Eventuell liege hier eine Pflichtverletzung vor, die nur disciplinarisch zu bestrafen sei. Das Urteil des Gerichtshofes lautete **auf Freisprechung.** In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß der Gerichtshof keinen Zweifel habe, daß hier thatsächlich eine rechtswidrige Freiheitsberaubung begangen worden ist und daß ein schwerer polizeilicher Mißgriff vorliegt. Allein das Gericht habe Bedenken getragen, **das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit** bei dem Angeklagten anzunehmen. **Die Möglichkeit sei nicht absolut ausgeschlossen,** daß Angeklagter des Glaubens war, zu der Verhaftung berechtigt zu sein. Deshalb habe auf Freisprechung erkannt werden müssen.

Der Stadtwachtmeister darf sich zu der gütigen Milde seiner Richter Glück wünschen. Gewöhnlichen Sterblichen gegenüber, die gegen irgend einen Paragraphen der Gesetzsammlungen verstoßen, pflegen die Richter das „Bewußtsein der Rechtswidrigkeit" ohne Schwierigkeiten festzustellen; bei dem Polizeihüter der Gesetze, der über seine Pflichten genau instruiert wird und dessen erste Aufgabe es ist, zu wissen, wie weit seine Befugnisse gehen, ist „die Möglichkeit nicht absolut ausgeschlossen", daß ihm das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit fehlte. Viele tausend Staatsbürger dürfen den Stadtwachtmeister von Friedeberg um das mangelnde Rechtswidrigkeitsbewußtsein beneiden. —

Zur freisinnigen Landtags-Wahltaktik

nimmt heute die „Voss. Ztg." das Wort, ohne erhebliches beizutragen. Die „Voss. Ztg." hält es für widersinnig, daß die im Reiche stärkste Partei von der preußischen Gesetzgebung ausgeschlossen ist, und will es mit Freude begrüßen, wenn eine Anzahl Socialdemokraten in das Abgeordnetenhaus gewählt würde. Sie ist aber gegen den von uns besprochenen Vorschlag, daß der Freisinn zu Gunsten der Socialdemokratie einige Berliner Mandate abgeben solle, vielmehr komme es darauf an, daß sich „alle Gegner der Reaktion in solchen Wahlkreisen zusammenfinden, wo es gilt, Mitglieder der konservativ-klerikalen Mehrheit zu verdrängen". Für solche Fälle erscheinen der „Vossischen Zeitung" „Abmachungen mit der Socialdemokratie nicht von vornherein ausgeschlossen". Nachdem das Blatt die durch nichts begründete Ansicht ausgesprochen, daß die Ansichten über diese Frage auch in der Socialdemokratie nicht einheitlich seien — die Beschlüsse unsrer preußischen Parteikonferenz sind einstimmig gefaßt worden! — kommt es zu der Schlußfolgerung:

„Da aber noch nicht entfernt zu übersehen ist, **wie groß die** Wahlbeteiligung und der Erfolg der Socialdemokratie bei den Wahlmännerwahlen auch nur dritten Abteilung sein werden, erscheinen die Erörterungen über ein Bündnis verfrüht, und liegt jedenfalls für die Freisinnigen kein Anlaß vor, als Preis für ein solches Bündnis von vornherein die Abtretung von Mandaten anzubieten, die die freisinnige Partei zu behaupten vermag, auch gegen die Socialdemokratie."

Wir haben unsre Auffassung zu jenem Vorschlag der „Berl. Ztg." genügend ausgesprochen, und es sei nur bemerkt, daß es unsrer Partei niemals in den Sinn kam, Mandate vom Freisinn zu fordern, die die freisinnige Partei auch ohne unsre Unterstützung zu behaupten vermag. Wir haben lediglich erklärt: wenn der Freisinn Mandate erhalten oder gewinnen will, die er nur haben kann durch die Stimmen socialdemokratischer Wahlmänner, so fordern wir auch entsprechende Mandate für uns selbst.

*

Die „Post" erscheint als — natürlich gänzlich uneigennütziger — Warner der Liberalen:

„Würde der Liberalismus bei den Landtagswahlen wirklich einen Pakt mit der Socialdemokratie unter den ihm zugemuteten entwürdigenden Bedingungen schließen, so würde er selbst es sein, der in letzter Linie die größten Nachteile davon hätte. Er würde bei denjenigen seiner Anhänger, welche in der Socialdemokratie den gefährlichsten Feind des Bürgertums erblicken, das Vertrauen vollends verlieren und denjenigen, welche er zur socialdemokratischen Stimmabgabe verleiten kann, den völligen Abmarsch ins Lager der Umstürzler erleichtern. Man wird abzuwarten haben, ob er wirklich für das Linsengericht einiger noch unsicherer Mandate seine ganze Zukunft zu verkaufen geneigt sein wird. Für alle Gegner der Socialdemokratie aber gilt es, sich beizeiten zu rüsten, um gegen alle Ueberraschungen gesichert zu sein."

Während die konservative Presse bei den Reichstagswahlen vielfach beliebte, die liberale Linke als „fast ebenso schlimm" wie die Socialdemokratie auszugeben, ist sie jetzt mit freundschaftlichen Warnungen um den Freisinn bemüht. Die Reaktion sieht den Landtagswahlen nicht ohne Besorgnisse entgegen. —

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Graf Apponyi legte heute im ungarischen Abgeordnetenhaus seine Stellung zum neuen Kabinett und zum Wehrgesetz dar. Er erklärte, daß er eine Erhöhung des Rekrutenkontingents für notwendig halte innerhalb der finanziellen Grenzen, die der Honvedminister bezeichnet habe, und fügt hinzu, daß er eine Festsetzung des Friedensstandes wünsche. Was das militärische Strafverfahren angehe, so fordere er, daß bei öffentlicher Verhandlung die ungarische Sprache angewendet werde. Betreffs des ungarischen Kommandos erklärt Graf Apponyi, er habe stets behauptet, dies sei kein Reservatrecht der Krone, das der Verfügung der Parlamentsfaktoren entzogen sei; doch sei es ein Irrtum, anzunehmen, daß die Gesetze vom Jahre 1867 das ungarische Kommando festsetzen, ferner daß diese gesetzliche Vorschrift nur mißachtet worden sei, und daß es deshalb die Aufgabe der Obstruktion sei, dem ungarischen Kommando Geltung zu verschaffen. Dieser Standpunkt, den die Obstruktion als Rechtsgrundlage gewählt habe, sei unhaltbar.

„Ich halte die Forderung, daß bei den ungarischen Regimentern als Dienst- und Kommandosprache die ungarische Sprache zur Geltung komme, für eine Forderung, die früher oder später verwirklicht werden muß." (Stürmischer Beifall auf allen Seiten des Hauses.) „Ich bin dieser Anschauung, weil ich in der Erfüllung dieser Forderung ein Mittel der Konsolidierung der ungarischen Nation erblicke. Diese Konsolidierung zu fördern, ist das höchste Interesse der Dynastie und der Nation. Ich fordere jetzt jedoch deshalb nicht die Verwirklichung dieses meines Standpunktes, weil ich zur Zeit große und fast unbesiegbare Schwierigkeiten dabei voraussehe. Ich schließe jedoch aus, daß Schwierigkeiten von seiten der Krone erhoben werden, denn ich bin überzeugt, daß, sobald der wohlerwogene nationale Wille zum Ausdruck gelangen wird, der Monarch kein Hindernis in den Weg legen wird." (Langanhaltender stürmischer Beifall auf allen Seiten des Hauses.) Redner bespricht sodann die gegenwärtige Lage und erklärt, die Obstruktion flöße ihm die größten Besorgnisse ein. —

Frankreich.

Besuch französischer Kammermitglieder in England. Auf Einladung des Handelskomitees des englischen Unterhauses sind ungefähr 80 Mitglieder der französischen Kammer, die der sog. „Schiedsgerichtsgruppe" angehören, in England eingetroffen, um mit ihren englischen Gesinnungsgenossen über die Vorbereitungen für einen englisch-französischen Schiedsgerichtsvertrag zu beraten. Unter den französischen Kammermitgliedern befinden sich Angehörige aller Parteien, z. B. Baron d'Estournelles, Mitglied des Haager Friedenskongresses, der extrem konservative Prince Alsace d'Henin, der Abbé Lemire, die socialistischen Deputierten Pressensé und Sembat, der Chokoladenfabrikant Ménier und der ehemalige Handelsminister Siegfried.

Viel herauskommen wird bei den Beratungen schwerlich. Es werden schöne Reden gehalten werden; man wird gut essen und trinken und daneben einige hübsche Ausflüge unternehmen. Als Beweis für den englischen Stimmungsumschwung ist aber die Einladung recht charakteristisch. —

England.

Der Wahlsieg der deutschen Socialdemokratie. London, 20. Juli. (Eig. Ber.) Unsre Genossen von der Socialdemokratischen Föderation luden für gestern nachmittag die klassenbewußten Arbeiter Londons ein, um in einer Demonstration am Trafalgar Square den Wahlsieg der deutschen Socialdemokratie zu feiern. Trotz des schweren Ungewitters, das gestern über London und Umgegend niederging und einige Lokalbahnen unter Wasser setzte, versammelten sich etwa 1500 bis 2000 socialistische Arbeiter. Auf dem Sockel des Nelson-Monuments sprachen die Genossen Quelch, Barwick, Fischer und Jones, deren Reden mit großer Begeisterung aufgenommen wurden. In der Resolution, die zur einstimmigen Annahme gelangte, wurde die deutsche Socialdemokratie zu ihrem Wahlsieg beglückwünscht und die Freude darüber ausgesprochen, daß sie unabhängig von den bürgerlichen Parteien vorgegangen sei und das socialistische Ziel nicht verschleiert habe. Der Sieg werde den Socialisten aller Länder ein Sporn zur weiteren unermüdlichen Propaganda sein und den Sieg des Socialismus in allen Ländern der Welt beschleunigen.

Wir können nicht umhin, die Bemerkung zu machen, daß kein einziges Londoner Morgenblatt von dieser Kundgebung Notiz genommen hat. —

Irische Landbill. Im englischen Unterhause wurde Dienstag die dritte Lesung der irischen Landbill mit 317 gegen 20 Stimmen angenommen, nachdem Vertreter aller Parteien ihre freudige Zustimmung zu der Bill ausgesprochen hatten. John Redmond bemerkte, die Regelung der Landfrage werde das letzte noch übrige Hindernis der Einräumung jener weitergehenden politischen Rechte beseitigen, ohne welche die Iren nicht zufrieden sein würden. —

Passiver Widerstand. Die Zahl der nonkonformistischen Steuerverweigerer ist noch immer im Wachsen begriffen. So wurden letzten Sonnabend in Bath nicht weniger als 71 Gemeindesteuerpflichtige vor das Gericht geladen, da sie die Zahlung der Schulsteuer verweigern. Nach der Verurteilung hielten sie ein Protestmeeting ab. —

Rußland.

Neue Gewaltmaßregeln gegen Finnland. Der Zar hat dem finnländischen Senat den Auftrag erteilt, einen Vorschlag über die Abänderung der jetzt geltenden, die munizipalen und kommunalen Behörden betreffenden Verordnungen auszuarbeiten. Die Absicht ist, die kommunale Selbstverwaltung einzuschränken und dem Generalgouverneur einen ähnlichen Einfluß auf diesem Gebiete zu sichern, wie er ihn bereits vor drei Jahren ausgeübt hat. Ferner ist Anfang Juli durch ein besonderes Dekret die militärische Abteilung sowie das Kriegskommissariat des finnländischen Senats aufgehoben worden. —

Amerika.

Aufstand in Venezuela. Der venezolanische General Rivas hat in Ciudad Bolivar über die Aufständischen einen entscheidenden Sieg erfochten. Er bildete, wie dem „Lokal-Anzeiger" aus New York berichtet wird, zwei Sturmkolonnen, die schon am letzten Sonntag zum Angriff schritten, abends aber zurückgezogen wurden. Montags begann dann ein erbitterter Straßenkampf. Die Regierungstruppen mußten von Haus zu Haus vorgehen und erlitten schwere Verluste, da die Rebellen unter andauerndem Feuer den Gegner jeden Fußbreit streitig machten. Um 7 Uhr abends näherten sich beide Kolonnen dem Park Alameda im Centrum der Stadt. Dieser und das anliegende Gefängnis waren stark mit Barrikaden befestigt, in welche jedoch zwölf Geschütze Bresche legten. Nach Einnahme dieser Punkte wurde der Kampf auf dem Marktplatz unter die Fenster der europäischen Geschäftshäuser getragen. Am längsten blieb das Kapitol im Besitz der Rebellen, doch errangen die Regierungstruppen auch dort den Sieg. Die beiderseitigen Verluste werden auf mehr als 1000 Mann beziffert. —

Konferenz des internationalen Socialismus.

Das Internationale Bureau in Brüssel hat am Montag, den 20. Juli, in Brüssel in der Maison du Peuple eine Sitzung abgehalten. An Stelle der ständigen deutschen Mitglieder dieses Komitees, der Genossen Auer und Singer, welche am Erscheinen zu dieser Sitzung verhindert waren, nahmen für Deutschland die Genossen R. Fischer und Pfannkuch teil. Aus Belgien waren anwesend: Anseele, der den Vorsitz führte, der internationale Sekretär Serwy sowie Vandervelde; aus Frankreich: Vaillant (Pressensé, von den Jaurèsisten, war nicht erschienen); aus Holland: Troelstra und Van Kol; aus Dänemark: Knudsen; aus England: Hyndman und Hunter Watts für die Socialdemokratische Föderation (die Unabhängige Arbeiterpartei war nicht vertreten); aus Polen: Walski und Genossin Wojnarowska, aus Rußland Günzburg; aus Argentinien Petroni und aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika Wilshire. Entschuldigt hatten sich Italien und Oestreich, so daß also außer diesen nicht vertreten waren: Australien, Böhmen, Bulgarien, Serbien, Spanien, Ungarn, Schweden, Norwegen, Schweiz und Japan.

Der Sekretär des Internationalen Bureaus, Genosse Serwy, erstattete den letzten Halbjahresbericht: Nach Maßgabe seiner Mittel hat das Sekretariat seine heikle Aufgabe zu lösen sich bemüht. An die Arbeiter und die öffentliche Meinung der verschiedenen Länder wurden mehrere Manifeste erlassen, so auf Wünsche der amerikanischen und andrer Genossen über die Macedonische Frage; auf Vorschlag des Genossen Schiavi wurde den verschiedenen socialistischen Kammerfraktionen der Gedanke eines gleichzeitigen Vorgehens gegen die Kriegs- und Militär-Budgets unterbreitet. Das wichtige neue Einwanderungsgesetz in Argentinien wurde den socialistischen Parteien und Zeitungen zur Kenntnis gebracht; über die gegenwärtigen Arbeitsbedingungen in Japan und Südafrika und die Lage der dortigen Arbeiter wurde ein ausführlicher Bericht veröffentlicht. Der Streik in Holland, die Maifeier, die Metzeleien in Kischinew, die Verhaftung des russischen Socialisten Gosch in Neapel haben das Internationale Bureau zu öffentlichen Kundgebungen veranlaßt und das mannhafte und erfolgreiche Eintreten der socialistischen Kammerfraktion in letzterem Falle wurde mit besonderem Danke begrüßt. Endlich hat das Bureau seine Bestrebungen fortgesetzt, alle in den Einzelländern veröffentlichten socialistischen Drucksachen: Flugschriften, Broschüren, Illustrationen, Kalender usw. zu sammeln, so daß heute bereits die Internationale Bibliothek in Brüssel 1500 Broschüren in ihrem Kataloge aufführen kann. Fast sämtliche socialistischen Tageszeitungen Europas und Amerikas werden dem Bureau zugesandt. Eine Sammlung der Tagesordnungen und Beschlüsse der Internationalen Kongresse von 1889—1900 ist vom Bureau bereits veröffentlicht, eine ebensolche von den Kongressen der Internationalen Arbeiter-Assoziation von 1866—1876 ist in Vorbereitung. Zum Schlusse konstatiert der Bericht, daß die Beziehungen mit den socialistischen Parteien und den Arbeiter-Organisationen der Einzelländer sich immer lebendiger gestalten und die socialdemokratische Arbeiterbewegung überall vorwärts marschiere, so daß der nächste Kongreß in Amsterdam dieses mächtige Anwachsen der internationalen Socialdemokratie zum unbestreitbaren Ausdruck bringen werde.

Nach Genehmigung des Berichtes wurden in erster Linie die seitens einzelner Länder eingegangenen Anträge behandelt:

Bulgarien wünscht, daß das Internationale Bureau über die von Jaurès und Millerand eingeschlagene Taktik ein Urteil abgebe; da dies vielleicht eine der Aufgaben des Amsterdamer Kongresses, jedenfalls aber nicht eine der Konferenz sein könne, wurde der Antrag debattelos abgelehnt.

Belgien regt die internationale Reise-Unterstützung wandernder Socialisten an; auf Widerspruch Pfannkuchs, der diese Frage allgemein als eine von den Gewerkschaften zu lösende und zum Teil auch schon geregelte erklärte und so weit es sich um Ausnahmefälle für politische Flüchtlinge handle, immer nur von Fall zu Fall nach Anhörung der Landespartei entschieden werden könne, wurde die Behandlung dieser Frage vertagt.

Canada wünscht die Herausgabe eines Bulletins für alle offiziellen Mitteilungen in deutscher, englischer und französischer Sprache; auch dieser Antrag wurde zurückgestellt.

Aus Italien hatte Genosse Ferri an das Internationale Bureau die Bitte gerichtet, die Konferenz möge ihre Meinung äußern bezw. ihre Zustimmung zu dem Vorgehen des Genossen Morgari, der bekanntlich für die italienischen Socialisten in der Kammer gegen den Zarenbesuch protestierte. Vaillant und Vandervelde treten dafür ein, daß die Konferenz sich mit dem Vorgehen der italienischen Fraktion solidarisch erkläre, und bringen eine entsprechende Resolution ein. Fischer wendet sich speciell gegen den Wortlaut der Resolution und gegen die aus einer solchen Solidaritäts-Erklärung sich ergebenden Konsequenzen: dann müßten in jedem Lande bei einem Zarenbesuche die socialistischen Fraktionen gleiche Demonstrationen machen. In welche Lage bringe man z. B. unsre dänischen Genossen? Und wie soll es gehalten sein bei andern Monarchenbesuchen? Ohne irgendwie die Haltung der italienischen Genossen kritisieren zu wollen, müsse er sagen: solche Stellungnahme könne nur nach der Situation des einzelnen Landes von den Genossen der betreffenden Länder getroffen werden.

Vaillant erkennt den Wortlaut der Resolution als verbesserungsfähig an; er will mit Vandervelde keinerlei Verpflichtung für andre Länder gefolgert wissen; die Konferenz könne sich damit begnügen, erneut ihren Abscheu gegen den Zaren-Absolutismus und die Kischinewer Metzeleien auszudrücken.

Vandervelde will eine Stellungnahme schon wegen der Angriffe der Bourgeoisie auf unsre italienischen Genossen; unser Schweigen würde als Desaveu des Verhaltens der italienischen Genossen aufgefaßt werden.

Pfannkuch kann aus solcher Resolution keine Stärkung der Position der italienischen Genossen erblicken; diese könnte nur durch Demonstrationen der Arbeiter beim Besuch erfolgen; er wendet sich mit Troelstra gegen das allzuofte und immer sich wiederholende Resolutionenfassen über Dinge, über welche die Socialdemokratie einmütig sei und ihre Meinung geäußert habe.

Gegen die drei Stimmen Dänemarks, Deutschlands und Hollands wurde von Argentinien, Belgien, England, Frankreich, Polen, Rußland und den Vereinigten Staaten die Resolution Vandervelde angenommen:

> „Aus Anlaß des Briefes Ferris und des vom Genossen Morgari in der italienischen Kammer eingeschlagenen Vorgehens drückt das Bureau der socialistischen Partei Italiens sein Solidaritätsgefühl aus und erneuert den Ausdruck seines Abscheus gegen den Zarismus und seine Verbrechen."

Die vorläufige Tagesordnung des Amsterdamer Internationalen Kongresses giebt zu längeren Debatten Anlaß. Abgelehnt werden der Antrag der Union fédérative du Centre (Frankreich) auf die Tagesordnung als dritten Punkt zu stellen die Frage der Unterdrückung der stehenden Armeen; der vom Nationalverband der socialistischen Frauen Oestreichs gestellte Antrag: das Frauenstimmrecht zu behandeln, wurde damit motiviert, daß zwar in Brüssel und zuletzt wieder in Paris die Frage klar entschieden worden sei, daß aber bisher von den Socialisten nirgends ein ernsthafter Feldzug zur Erringung desselben unternommen worden sei, überall verstehe man unter „Allgemeinem Stimmrecht" nur das der Männer; der Kongreß müsse daher erneut und unzweideutig die Furcht der Frauen zerstreuen, als ob die Socialdemokraten den Liberalen glichen, die ihren Frauen wohl die Teilnahme am Kampfe gegen die Arbeiterklasse gestatteten, nimmermehr aber ihnen die gleichen Rechte zugeständen. Der Antrag wurde abgelehnt; ebenso der von der Fabier-Gesellschaft (England) auf Behandlung der Frage der Obligatorischen Schiedsgerichte bei Streiks und Aussperrungen, der Einführung eines Minimallohnes und der Uebernahme von Produktion und Vertrieb der geistigen Getränke durch die Gemeinde; ferner die von der Unabhängigen Arbeiterpartei (Englands) gestellte Frage des Gemeindesocialismus.

Die czechischen Socialisten Oestreichs wollen als besonderen Punkt der Tagesordnung: „Stellung des internationalen Proletariats zu den Nationalitätenfragen"; die französische Arbeiterpartei (Gironde-Föderation) will die Frage erörtert wissen: daß die Korrespondenten socialistischer Blätter aus den Reihen der organisierten revolutionären Genossen entnommen und jedenfalls unter die Kontrolle der socialistischen Organisationen gestellt werden. Auch diese Anträge wurden abgelehnt, so daß, nach Zurückziehung des holländischen Antrages (Alters- und Invalidenversicherung) und einer Anregung Vanderveldes (Stellungnahme des Amsterdamer Kongresses zur Erklärung der Religion als Privatsache), die vorläufige Tagesordnung folgende Punkte umfaßt:

1. Bericht des Internationalen Sekretariats und Vorschläge auf Erweiterung desselben.
2. Generalstreik.
3. Internationale Regeln der socialistischen Politik.
4. Gewerkschaften und Politik.
5. Internationale Schiedsgerichte.
6. Kolonialpolitik.
7. Trusts und Arbeitslosigkeit.
8. Nationale Gesetzgebung und Internationale Ein- und Auswanderung.

Letzterer Punkt ist von der socialistischen Partei Argentiniens gestellt. Seitens der Parteien einzelner Länder können weitere Anträge bis zum November gestellt werden. Zu jedem Punkt der Tagesordnung soll seitens der einzelnen Länder an den internationalen Sekretär ein Bericht geschickt und aus diesen dann ein Generalbericht an den Kongreß hergestellt werden, so daß dann die Meinungen schon geklärt seien. Ueber Streitfragen, wie z. B. ob und wieweit der Generalstreik ein politisches Kampfmittel, ob und wieweit ein Mittel zur socialen Befreiung sein könne, sollen je ein Referent und Korreferent ernannt werden.

* * *

In der Nachmittags-Sitzung kam die Frage der Beschäftigung ausländischer Arbeiter zu ausgedehnter Diskussion. Belgische und italienische Arbeiter wandern zu Tausenden, vornämlich nach Frankreich, aus und arbeiten dort oft zu solch' niedrigen Löhnen, daß sie geradezu die Lebenshaltung der französischen Arbeiter herunterzudrücken drohen. Nun haben früher und jüngst wieder die nationalistischen Abgeordneten im Parlament Anträge gegen diese ausländischen Arbeiter eingebracht: entweder sollte jeder Arbeitgeber pro Kopf der beschäftigten ausländischen Arbeiter eine Steuer z. B. von 20 Fr. tragen, oder es sollte für Staats- und Gemeindearbeiten überhaupt ein Verbot der Beschäftigung ausländischer Arbeiter erlassen werden u. dergl.

Vandervelde brachte eine Resolution ein, worin gegen solche Gesetzesvorschläge Protest erhoben wird, welche die ausländischen Arbeiter proskribieren; derartige Maßnahmen seien der schlimmste Schutzzoll, sie erzeugen Vorurteile bei den durch die Not zur Auswanderung gezwungenen Arbeitern, säen Haß zwischen den Arbeitern selber, führten sogar wiederholt zu blutigen Ausschreitungen und erhöhen die Schwierigkeiten internationaler Verständigung und gemeinschaftlicher Aktion der Arbeiterklasse. Das Bureau fordert daher die verschiedenen socialistischen Fraktionen zur energischen Bekämpfung, bezw. zur Abschaffung solcher Gesetze auf.

Vaillant tritt für diese Resolution ein, hält aber die Beschränkung der Zahl der ausländischen Arbeiter für das zur Zeit einzig mögliche Aushilfsmittel; Hyndman erklärt die Frage für viel tiefergehend; es könne sich nicht bloß um belgische und französische Verhältnisse handeln, sondern um ein wirtschaftliches Problem, das sich in ganz Europa, Amerika und auch in Afrika erhebe. Fischer erklärt es für unmöglich, grundsätzlich zu erklären, daß gegen die Beschäftigung ausländischer Arbeiter der Weg der Gesetzgebung nicht beschritten werden dürfe. Wo es sich darum handle, tieferstehende sociale Schichten zu heben, sei es Pflicht der Socialdemokratie, an dieser Kulturarbeit nach Kräften mitzuarbeiten; wo aber im niedrigsten Unternehmerinteresse solche tieferstehende Arbeiterschichten ins Land gelockt würden, vielleicht sogar zum Zwecke, die höhere Lebenshaltung der inländischen Arbeiterbevölkerung niederzudrücken, z. B. durch Import von Chinesen und Negern, da müsse die Socialdemokratie im Interesse der Kultur und der Selbsterhaltung der einheimischen Arbeiter solchen Unternehmerabsichten auch auf dem Wege der Gesetzgebung entgegentreten. So sei die deutsche Fraktion seiner Zeit gezwungen gewesen, im Reichstage das Verbot der Beschäftigung von Chinesen und Negern auf den staatlich subventionierten Postdampfern zu beantragen.

Van Kol, Hyndman, Pfannkuch gehen von gleichen Gesichtspunkten aus; Troelstra weist darauf hin, daß, wenn die Arbeiter das Recht haben, sich gegen einheimische Streikbrecher zu wenden, sie dies doch auch gegen ausländische thun dürften.

Anseele beantragt, diese Frage dem Kongreß in Amsterdam zu überweisen, der ohnehin die Frage der Auswanderung behandelt; in der Zwischenzeit soll eine Konferenz der belgischen, französischen und italienischen socialistischen Abgeordneten die Specialfrage, die den Anlaß zur Einbringung der Resolution gegeben habe, erörtern.

Die Konferenz stimmt diesem Antrage zu.

Nach Erledigung einer Anzahl weiterer Anträge (Schweden beantragt eine Resolution zwecks unausgesetzter Bekämpfung des Zarismus, Bulgarien eine solche gegen die türkischen Greuel 2c.) wird der Finanzbericht des Sekretärs verlesen, aus dem sich ergiebt, daß leider noch eine ganze Anzahl von Ländern und Organisationen, z. B. in England, Frankreich, Japan, Vereinigten Staaten, in starkem Rückstande sind oder, wie Italien, Schweiz und Serbien, noch keine Beiträge entrichtet haben.

Die nächste internationale Konferenz soll Anfang Februar stattfinden.

Mit dem durch Hyndman beantragten Glückwunsch an die dänischen und deutschen Genossen zu ihren Wahlerfolgen und dem Danke deutscherseits für die ihnen allseits bekundete reichliche Hilf- schloß die Konferenz ihre Arbeiten.

Partei-Nachrichten.

Die Marburger Stichwahl. Wir erhalten folgende Zuschrift:

Der Wiedergabe des Marburger Tadelsvotums fügt die Redaktion des „Vorwärts" einige Sätze an, die mich für heute zu folgenden Feststellungen nötigen:

1. Eine „Haltung der Gesamtpartei" hat es vor den Stichwahlen nicht gegeben. In den weitaus meisten Fällen ließen die Parteigenossen sich durch die Münchener Resolution leiten. In den wenigen Fällen, in denen Mitglieder der Freisinnigen Vereinigung gegen Konservative standen, wurde der Parteitagsbeschluß durchbrochen und unter Führung des „Vorwärts" die Unterstützung der Vereinler beschlossen, obwohl dies Verfahren einen Verstoß gegen den Absatz 4 der Resolution Bebel bedeutete. Formell waren also die Marburger Genossen im Recht, als sie Stimmenthaltung beschlossen, und war der „Vorwärts" im Unrecht, als er die Konterordre gab. Ob sich dies Urteil bei einer materiellen Prüfung verschiebt, wird zu untersuchen und zu entscheiden sein, nachdem der „Vorwärts" als der zuerst dazu Verpflichtete in diese materielle Prüfung eingetreten ist.

2. Als die Marburger Genossen den Beschluß auf Wahlenthaltung faßten, bedeutete dieser nicht die „Wahl des Agrariers", wie der „Vorwärts" annimmt. Diese erschien nach dem Ausfall der Hauptwahl bei Freund und Feind ohnehin gesichert. Wenn die Stichwahl ein andres Resultat ergeben, so lag dies an dem Abfall eines Teils der Antisemiten und an der um mehr als 600 Stimmen stärkeren Wahlbeteiligung. Beides haben die Genossen am Orte und der Unterzeichnete, der den Wahlkampf auf dem Lande allein geführt hat, aus der Natur dieses Kampfes heraus nicht vorausgesehen. Ich kann nicht glauben, daß der „Vorwärts" behaupten will, er wäre besser orientiert gewesen als die Genannten.

3. Nach dem Gesagten ist es eine unverständliche Annahme des „Vorwärts", daß seine Gegenparole „die Wahl des Konservativen gerade noch mit knapper Not verhindert" habe.

4. Der „Vorwärts" hat es für seine Pflicht gehalten, sich gegen den Marburger Beschluß zu wenden. Ging sein Pflichtgefühl so weit, daß er, wie es geschehen, die Marburger Genossen über sein Vorgehen in völliger Unkenntnis ließ, so daß diese aus einem gegnerischen Flugblatt vor dem Eintreffen der betreffenden Nummer über den Pflichtenkreis und die Pflichtenerfüllung des „Vorwärts" zuerst unterrichtet wurden?

5. Würde der „Vorwärts" in genau derselben Weise, von Er[illegible] über der kleinen winzigen unbedeutenden Marburge[illegible] der besten [illegible]me Erzählung

beliebt hat, auch gegenüber einer großen bedeutenden Lokalorganisation seine Pflicht erfüllt haben? Die Antwort, denke ich, kann ich „dem Urteil der Partei überlassen".

München. Paul Bader.

Auch diese Zuschrift kann uns nicht veranlassen, Buße zu thun und zerknirscht unser Unrecht einzusehen, daß wir den Marburger Genossen den Rat gegeben, dafür zu sorgen, so weit an ihnen lag, die Wahl des konservativen Kandidaten des Bundes der Landwirte zu verhindern. Auch in dieser Zuschrift vermögen wir keinen Grund zu entdecken, der den sonderbaren Beschluß der Parteigenossen zu rechtfertigen oder auch nur zu erklären im stande wäre. Auch die formelle Berufung auf der Münchener Parteitagsbeschluß ist nicht stichhaltig. Denn die Ereignisse, die dem Münchener Parteitag folgten, schufen eine Situation, die es unsrer Partei viel schwerer machte, Mitglieder der Freisinnigen Volkspartei als — wie in Marburg — Anhänger oder Verwandte der Freisinnigen Vereinigung zu unterstützen. Dennoch traten unsre Parteigenossen überall auch für die Volkspartei ein, so viel Ueberwindung es sie kostete, selbst einen Kopsch oder Müller-Sagan in den Reichstag zu bringen. Die Freisinnige Vereinigung hatte sich als tüchtige Bundesgenossin im Zollkampf bewährt; dieses Verhalten allein mußte zu ihren Gunsten den Ausschlag geben.

Wir bestreiten niemand das Recht, einen falschen Beschluß zu fassen, aber es kann auch uns niemand das Recht und unter Umständen auch die Pflicht aberkennen, einen falschen Beschluß zu korrigieren, und wir wüßten nicht, warum wir uns durch die Rücksicht auf die Kleinheit einer Organisation abhalten lassen sollten, das zu thun, was das Partei-Interesse erfordert. Angenehmer ist es freilich — das antworten wir auf die letzte, merkwürdige Frage — sich mit einer großen und starken Organisation auseinanderzusetzen, die solche Kritik und Korrektur — das gestehen wir zu — leichter und gefahrloser ertragen kann, als eine kleine, hart um ihre Existenz ringende Parteigenossenschaft, der es in ihren engen Verhältnissen begreiflicherweise unerwünscht sein muß, auf einen taktischen Fehler aufmerksam gemacht zu werden. Aber dieser Umstand darf doch nur die Wirkung haben, daß solche Organisationen besonders vorsichtig in ihren Beschlüssen sein müssen.

Wenn die Zuschrift sich auch darüber beschwert, daß die Marburger Genossen aus einem gegnerischen Flugblatt von unsrer Notiz Kenntnis erhielten — die Nationalsocialen hatten sie sich telegraphisch übermitteln lassen —, so könnten wir darüber Klage führen, daß man in Berlin von dem Beschluß der Marburger Genossen auch erst aus einem gegnerischen Blatte erfuhr, nämlich aus der „Frankfurter Zeitung". Aber wir machen den Marburger Genossen natürlich keinen Vorwurf daraus, daß sie es unterließen, den Parteivorstand von ihrem Vorhaben zu verständigen. Unsre Ueberraschung, als wir die Notiz der „Frankfurter Zeitung" lasen, war jedenfalls noch größer als die unsrer Marburger Freunde, als sie von der Auslassung des „Vorwärts" erfuhren.

Aus Industrie und Handel.

Internationale Währungskommission. Seit einigen Tagen tagt in Berlin unter dem Vorsitz des Reichsbankpräsidenten Koch eine internationale Währungskommission zur Festsetzung eines Münzwertverhältnisses zwischen Gold und Silber. Nachdem in den beiden ersten Sitzungen die gegenseitige Aussprache zu einer Verständigung geführt hatte, wurden gestern, in der dritten Sitzung als Ergebnis der Verhandlungen einstimmig folgende Resolutionen angenommen:

1. Die Einführung eines einheitlichen Goldumlaufs in China, bestehend aus Silbermünzen mit voller gesetzlicher Zahlungskraft, ist dringend erwünscht. . . . Für die Erreichung des Zweckes erscheint es geboten, daß die Prägung der neuen Silbermünzen nicht freigegeben wird, und daß die chinesische Regierung zu Beginn der Reform alle diejenigen Maßnahmen ergreift, welche ihr eine Einwirkung auf die ausländischen Wechselkurse ermöglichen.

2. Wenn auch in den Ländern mit Silberumlauf der Kurs der Silbermünzen von dem Stande der nationalen Volkswirtschaft und ihren Beziehungen zu andren Nationen abhängig sein wird, so ist es doch wünschenswert, daß ein einheitliches Ausmünzungsverhältnis von Gold- und Silbermünzen in solchen Ländern bestehe, welche künftig eine Goldvaluta annehmen, und daß dieses Verhältnis auf etwa 32 zu 1 festgesetzt wird, falls keine weiteren ernstlichen Veränderungen im Silberpreis eintreten.

Internationales Schienensyndikat. In Brüssel werden nach einer Mitteilung der „Rhein.-Westf. Ztg." Vertreter des amerikanischen Stahltrusts eintreffen, um über die Gültigkeit der Festsetzung eines allgemein geltenden Preises für Eisenbahnschienen zu beraten. Die Amerikaner werden gleichzeitig mit Vertretern englischer und deutscher Stahlvereinigungen über denselben Gegenstand unterhandeln und versuchen, ein internationales Schienen-Syndikat nach amerikanischem Muster zustande zu bringen.

Deutschlands Kohlenproduktion im ersten Halbjahr 1903. Nach einer Zusammenstellung der vom Reichsamt des Innern herausgegebenen „Nachrichten für Handel und Industrie" wurden im ersten Halbjahr des laufenden Jahres in Deutschland gefördert respektive produziert an Steinkohlen 55 469 018 Tonnen (50 992 697 Tonnen im ersten Halbjahre 1902), an Braunkohlen 21 440 541 Tonnen (20 115 783), an Coaks 5 544 694 Tonnen (4 293 757) und an Briketts 4 848 201 Tonnen (4 198 860). In demselben Zeitraum betrug die Einfuhr an Steinkohlen 3 087 147 Tonnen (2 826 384), an Braunkohlen 3 881 188 Tonnen (3 834 806), die Ausfuhr an Steinkohlen 8 187 421 Tonnen (7 147 393) und an Coaks 1 253 224 Tonnen (925 780).

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die organisierte Arbeiterschaft Berlins! Wir bitten die Arbeiterschaft Berlins, bei Besuch von Bade-Anstalten, bei Inanspruchnahme von Privat-Masseuren nach der gelben Kontrollkarte zu fragen, welche für den Monat Juli abgestempelt sein muß. Ebenso bitten wir bei Besuch in den Krankenhäusern, sei es durch Verwandte oder Arbeitsgenossen des Patienten, das Pflegepersonal ebenfalls nach der gelben Kontrollkarte zu fragen. Wir richten den Appell an die gesamte Arbeiterschaft Berlins, uns in unsrem schweren Kampfe zur Erringung besserer Lebens- und Arbeitsbedingungen, wie zur Erreichung fester Lohnsätze statt der Trinkgelder in den Berliner Badeanstalten zu unterstützen.

Verband des Massage-, Bade- und Krankenpflege-Personals.

Achtung, Metallarbeiter! Der Streik der Former bei Schöning dauert unverändert fort. Desgleichen der Streik in den Minkinwerken. — Auch bezüglich des Streiks bei Mehlich ist eine Aenderung bis heute noch nicht eingetreten und ersuchen wir, den Zuzug streng fernzuhalten. — Arbeiterfreundliche Blätter werden um Nachdruck gebeten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Dachdecker! Die Sperre über die Firma F. Schlesing Nachf., Kaiserin Augusta-Allee 9—12, ist, da der Tarif von derselben anerkannt, hiermit aufgehoben.

Die Tarifkommission der Dachdeckergesellen Berlins.

Tapezierer. Eine am Mittwochabend tagende Versammlung der Vertrauensmänner des Tapeziererverbandes nahm Kenntnis von der Veruntreuung des bisherigen Filialkassierers. Zur genauen Ermittlung über die Höhe der Summe sollen die Bücher einem gerichtlich vereidigten Bücherrevisor übergeben werden. Bis auf weiteres beauftragt die Versammlung den Bevollmächtigten Kollegen Otto Wels mit der weiteren Fortführung der Geschäfte. Die näheren Angaben werden in der Versammlung am Donnerstag erfolgen.

Deutsches Reich.

Zum Streik der „arbeitswilligen" Galizier in Hannover wird dem dortigen „Tageblatt" von den Arbeitgebern mitgeteilt, die galizischen Arbeiter hätten sich als unbrauchbar erwiesen und sollten deshalb wieder abgeschoben werden! Diese Meldung ist, wie der „Volkswille" schreibt, falsch. Die Absicht, sie abzuschieben, besteht erst, nachdem die Leute für bestimmt erklärt haben, nicht arbeiten zu wollen. Der Grund ihrer Weigerung ist, daß ihnen die Wahrheit über die Verhältnisse in Hannover vorenthalten ist. Der Arbeitgeber-Verband will nun die Blamage, die er sich durch den „vorteilhaften Tausch" mit den Galiziern geholt hat, gern vertuschen. Deshalb giebt er an, die Leute seien unbrauchbar. — Der Agent des Arbeitgeber-Verbandes, der die Leute nach Hannover geholt hat, macht übrigens den Versuch, beim Maurerverband 900 Mark zur Abschiebung der Galizier loszueifen. Wenn der Maurerverband diese Summe gäbe, sollten sie sofort weggebracht werden. Natürlich wurde er ausgelacht. Die Ausgesperrten haben diese „nützlichen Elemente" nicht geholt und haben kein Interesse, sie fortzubringen. Der Terrorismus der Herren Unternehmer wird um so eher gebrochen sein, je mehr Geld ihnen die lieben Galizier kosten.

Im übrigen setzt der Herr Stadtsyndikus seine Bemühungen, den Konflikt beizulegen, in anerkennenswerter Weise fort. Er hat jetzt vorgeschlagen, die Lohnverhältnisse bei Beibehaltung der zehnstündigen Arbeitszeit so zu regeln, daß vom 1. Oktober d. J. ab 52 Pf., vom 1. Januar 1904 ab 53, vom 1. Januar 1905 ab 54 und vom 1. Januar 1906 ab 55 Pf. Stundenlohn gezahlt werden soll. Diesem Vorschlage steht die Kommission der Arbeiter nicht ablehnend gegenüber. Anders der Arbeitgeber-Verband. Bis jetzt hat dieser noch immer kurz vor Beginn der Verhandlungen Gründe gefunden, um sich ablehnend zu verhalten. Die Herren Unternehmer müssen erst durch Schaden klug werden, ehe sie aufhören, den dummen und brutalen Hetzereien der Blätter vom Schlage der „Post" zu folgen.

Die Lohnbewegung im Baugewerbe zu Hamburg ist, wie man uns von dort schreibt, noch keineswegs völlig beendet. Nur die Maurer und Zimmerer haben bisher diesbezügliche Beschlüsse gefaßt. Die Bauhilfsarbeiter haben beschlossen, den Kampf in verschärfter Weise fortzusetzen, da für sie die Innungsmeister keine Zugeständnisse machen wollten. Sie wollen durch partielle Streiks die Meister zwingen, auch ihre Forderungen zu bewilligen. Es bestehen jetzt noch 11 Sperren und werden in den nächsten Tagen noch verschiedene hinzukommen. Im Streik befinden sich heute noch 193 Mann mit 216 Kindern. Ein Teil der Innungsmeister will keine bindende Zusage abgeben, wohingegen ein ebenso großer Teil es für selbstverständlich hält, daß, sobald die verkürzte Arbeitszeit in Kraft tritt, auch die Löhne für die Bau-Hilfsarbeiter in der von diesen geforderten Höhe bezahlt werden.

Ausland.

Korkschneiderstreik in Kopenhagen. Die Korkschneider und Sortiererinnen Kopenhagens haben in den meisten Korkwarenfabriken der Stadt die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen die Erhöhung des Accordlohnes für 1000 Bierpfropfen auf der Maschine geschnitten von 28 auf 30 Oere. Vier Firmen haben bereits bewilligt.

Sociales.

Ueber den Stand der Wurmkrankheit im Oberbergamtsbezirk Dortmund meldet der „Reichs-Anzeiger":

„Die Zahl derjenigen Gruben, auf welchen eine mikroskopische Untersuchung der gesamten unterirdischen Belegschaft stattfindet, ist im Monat Juni um 9 gestiegen, beträgt jetzt also 61. Die allgemeine Bergpolizei-Verordnung des königlichen Oberbergamts zu Dortmund, in der auch für die übrigen Steinkohlenbergwerke eine Stichprobenuntersuchung, d. h. eine mikroskopische Untersuchung von 20 Prozent der unterirdischen Belegschaft vorgeschrieben und außerdem angeordnet wird, daß Arbeiter und Beamten auf Steinkohlengruben zur unterirdischen Beschäftigung nur zugelassen werden dürfen, wenn sie durch eine Bescheinigung bestimmter Aerzte den Nachweis ihrer Wurmfreiheit führen, ist unter dem 13. Juli erlassen worden und wird zum 1. August d. J. in Kraft treten. Zu ihrer Durchführung stehen nunmehr 200 mit der Wurmkrankheit vertraute Aerzte und 56 zur Behandlung der Wurmbehafteten eingerichtete Krankenhäuser zur Verfügung.

Die Ergebnisse der auf den einzelnen Gruben vorgenommenen Untersuchungen sind sehr verschieden, die Zahl der festgestellten Wurmträger schwankt zwischen 7 und 51 Prozent der Belegschaft unter Tage. Die genaueren Zahlen können erst mitgeteilt werden, wenn für die einzelnen Gruben die erstmalige Untersuchung vollständig durchgeführt ist. Die an einzelnen Stellen des Oberbergamtsbezirks vorgenommenen Untersuchungen von Familienangehörigen und Haushaltungsgenossen wurmbehafteter Bergleute haben stets denselben negativen Erfolg gehabt, wie schon früher.

Eine von dem Verein für die bergbaulichen Interessen nach Belgien entsandte Kommission, der sich auch Kommissare der beteiligten staatlichen Behörden angeschlossen hatten, hat die dortigen einschlägigen Verhältnisse und die dort gegen die Wurmkrankheit getroffenen und geplanten Maßregeln studiert und das Ergebnis ihrer Wahrnehmungen in einem sehr interessanten Berichte niedergelegt, dessen Veröffentlichung in der Nr. 26 des „Glückauf", berg- und hüttenmännische Wochenschrift, erfolgt ist."

Eine der verseuchtesten Zechen war die Zeche „Erin" bei Castorp. Dort hat nun die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft endlich eine zweckentsprechende oberirdische Abortanlage herstellen lassen. Der „Reichs-Anzeiger" verfällt aus diesem Anlaß in förmliche Verzückung und schreibt in dem Stile, in welchem etwa neu eröffnete Vergnügungsetablissements von ihren Impresarien empfohlen werden:

„Diese Anlage ist geeignet, auch den verwöhntesten Ansprüchen in Bezug auf Reinlichkeit, Geruchlosigkeit und Komfort Rechnung zu tragen. Die einzelnen Aborte (Zellensystem) sind von Granitwänden eingeschlossen, sie haben sämtlich wirksamste Wasserspülung und stehen unter ständiger Kontrolle des Aufsichtspersonals."

Die selbstverständliche Forderung nach Reinlichkeit wird hier als „verwöhnter Anspruch" hingestellt; der Komfort dürfte daher in der Verwendung glatter Sitzbretter bestehen. Himmelschreiend aber ist es, daß man die Abschließung eines Klosets vom andren (Zellensystem) als etwas besonderes für Arbeiter hinzustellen wagt und damit zugiebt, daß man es für ganz selbstverständlich erachtet, daß Arbeiter ihre Notdurft ohne Rücksicht auf ihr Schamgefühl bataillonsweise neben einander zu verrichten haben. Daß in der That die schlechten Klosettanlagen es waren, die ein gut Teil mit zur Verseuchung der Gruben beitrugen, bestätigt der „Reichs-Anzeiger" selbst, indem er schreibt: „Die Anlage wird von der Belegschaft gern benutzt und dürfte sicherlich ihren Zweck, die Reinhaltung der unterirdischen Grubenräume zu fördern, erfüllen." Hier ist offen zugegeben, daß die Profitsucht der Unternehmer, welche diese bisher von der Schaffung anständiger Klosettanlagen abhielt, die Arbeiter bisher zwang, ihre Fäkalien unter Tage abzulegen und so die Grube zu verseuchen.

Versammlungen.

Die Arbeiter vom „Kabelwerk Oberspree" der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft hielten am Dienstag im „Wilhelminenhof" zu Ober-Schöneweide eine ungewöhnlich stark besuchte Versammlung ab. Gewerkschaftsbeamter Behrend vom Metallarbeiterverband sprach daselbst über die geradezu kümmerlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse, unter denen die ca. 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen dieses Werkes vegetieren müssen und beleuchtete an der Hand eines schier unerschöpflichen Materials die in den einzelnen Abteilungen herrschenden Mißstände. Es war dies eine Versammlung von ähnlicher Bedeutung, wie die, welche vor einigen Monaten für die Arbeiter der Berliner Werke dieser Gesellschaft in den „Germaniasälen" abgehalten wurde. Auch damals reichte kaum der Abend aus, um all die Mißstände, unter denen die Arbeiter seit geraumer Zeit zu leiden haben, auch nur aufzählen geschweige denn noch gebührend kritisieren zu können. Freilich hat die Direktion seitdem unter dem Druck der öffentlichen Kritik wenigstens einige der gröbsten Uebelstände in den Berliner Werken abgeschafft, wozu nach eignem Geständnis der Werkleitungen, allerdings nicht zu wenig der ständig zunehmende Anschluß der dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen an die Organisation mit beigetragen hat. Ganz anders jedoch auf dem Kabelwerk Oberspree. Dort hat bisher noch ein völlig absolutistisches Regiment über die Arbeiter geherrscht. Nach dem Grundsatze „Teile und herrsche" wußte die Werkleitung mit ihren Meistern den größten Teil der Arbeiter in Uneinigkeit zu erhalten, so daß diese sich gegenseitig befehdeten, sich dann nach Möglichkeit „lieb' Kind" bei ihren Vorgesetzten zu machen suchten, im übrigen aber in dumpfer Apathie gegen die modernen Arbeiterbestrebungen dahinlebten. So wurden die Verhältnisse daselbst schlechter und schlechter, bis es endlich dem unermüdlichen Wirken des Metallarbeiterverbandes gelang, eine größere Anzahl der dort Beschäftigten für die Organisation zu gewinnen. Und jetzt, nachdem vor einigen Wochen der Streik im Bleikabelsaal durch Vergleich beigelegt war, jetzt regt es sich mächtig in allen Abteilungen des Werkes. Immer zahlreicher kommen die Arbeiter zur Einsicht, daß es so, wie bisher, nicht weitergehen kann, und die Haufen von Beschwerdematerial, die nunmehr tagtäglich der Verbandsleitung zugehen, sowie die fortgesetzten Meldungen zum Eintritt in den Verband legen beredtes Zeugnis davon ab, daß auch die Arbeiter dieses Werkes jetzt schnell zur Erkenntnis ihrer Klassenlage kommen. Sie wenden sich gegen die jämmerlichen Löhne und die willkürliche Lohnberechnung, sie verlangen bessere hygienische Einrichtungen, insbesondere die Herstellung einer guten Ventilation in den mit gesundheitsschädlichen Dünsten aller Art geschwängerten Werkstätten, die Anlage einer genügenden Anzahl reinlicher Aborte, die Abschaffung des Ueberstundenunwesens, eine gerechte Handhabung des Strafgeldersystems, ein Mitbestimmungsrecht über die Verwendung der Strafgelder usw. Mit Entschiedenheit verurteilte die Versammlung auch die Entlassung eines Kommissionsmitgliedes, das sich anläßlich des Streiks im Bleikabelsaale bei seinem Meister unbeliebt gemacht hatte. Kurz, die Ausführungen sämtlicher Redner des Abends ließen keinen Zweifel darüber, daß es in dem Betriebe an allen Ecken und Enden gährt. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß es im Kabelwerk Oberspree demnächst zu größeren Differenzen kommt, falls die Direktion den berechtigten Wünschen der Arbeiter nicht baldigst Rechnung trägt. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die Versammlung verurteilt entschieden die unter den Augen und mit Wissen der Direktion von den Meistern herbeigeführten Mißstände und erklärt, nicht eher ruhen zu wollen, bis auch die letzten Arbeiter und Arbeiterinnen des Werkes zur Organisation gehören, um dadurch zu gegebener Zeit mit den schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnissen im Betriebe und der unerträglichen Willkürherrschaft daselbst energisch aufzuräumen.

Die Vorgänge im Vatikan.

Aufbahrung der Leiche des Papstes.

Die Leiche des Papstes ist im Thronsaal unter einem Baldachin aufgebahrt; sie ist bekleidet mit der weißen Soutane, rotem Schultermäntelchen, roten Schuhen und rotem Käppchen. Ein kleiner Altar befindet sich in dem Saal. Nobelgarden halten die Ehrenwache.

Rom, 22. Juli. Gegen 9½ Uhr begann ein lebhafter Verkehr auf dem Petersplatze; die Würdenträger des päpstlichen Hofes, das diplomatische Corps und andre hohe Persönlichkeiten begaben sich zu Wagen zum Vatikan, um die Leiche des Papstes zu sehen. Der Zutritt ist bis 5 Uhr gestattet. Dann werden die Pönitentiare die Leiche wieder mit den Pontifikal-Gewändern bekleiden. Es wird immer schwieriger, Zutritt zum Vatikan zu erlangen. Die Schweizergarden wiesen gestern sogar Mazzoni zurück. Die Kontrolle wird noch verschärft werden, wenn der Papst nach der Peterskirche gebracht wird, was heute abend 8 Uhr geschehen soll.

Vorbereitungen für die Papstwahl.

Die Kardinäle hielten heute eine zweite Versammlung ab. Die „Tribuna" will darüber folgendes erfahren haben: Kardinal Oreglia ließ durch den Sekretär Merry del Val die im Vatikan eingegangenen Beileidstelegramme und die von ihm im Namen des Kollegiums gesandten Antworten mitteilen. Die Kongregation habe sodann die obersten Beamten des Vatikans in ihrem Amte bestätigt. Die „Tribuna" fügt hinzu, die Kongregation habe, ohne daß ein Gegenvorschlag gemacht wäre, beschlossen, das Conclave in Rom abzuhalten, und die Kardinale erwählt, die den Auftrag haben, die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Dem Vernehmen nach sei der für die Abhaltung des Conclaves genehmigte Plan der gleiche wie beim letzten Conclave. Die Kardinale hätten auf das Evangelium geschworen, Stillschweigen zu beobachten und die Rechte, Prärogative und die weltlichen Güter des heiligen Stuhles zu schützen. Schließlich habe Oreglia das Testament des Papstes verlesen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Englisches Unterhaus.

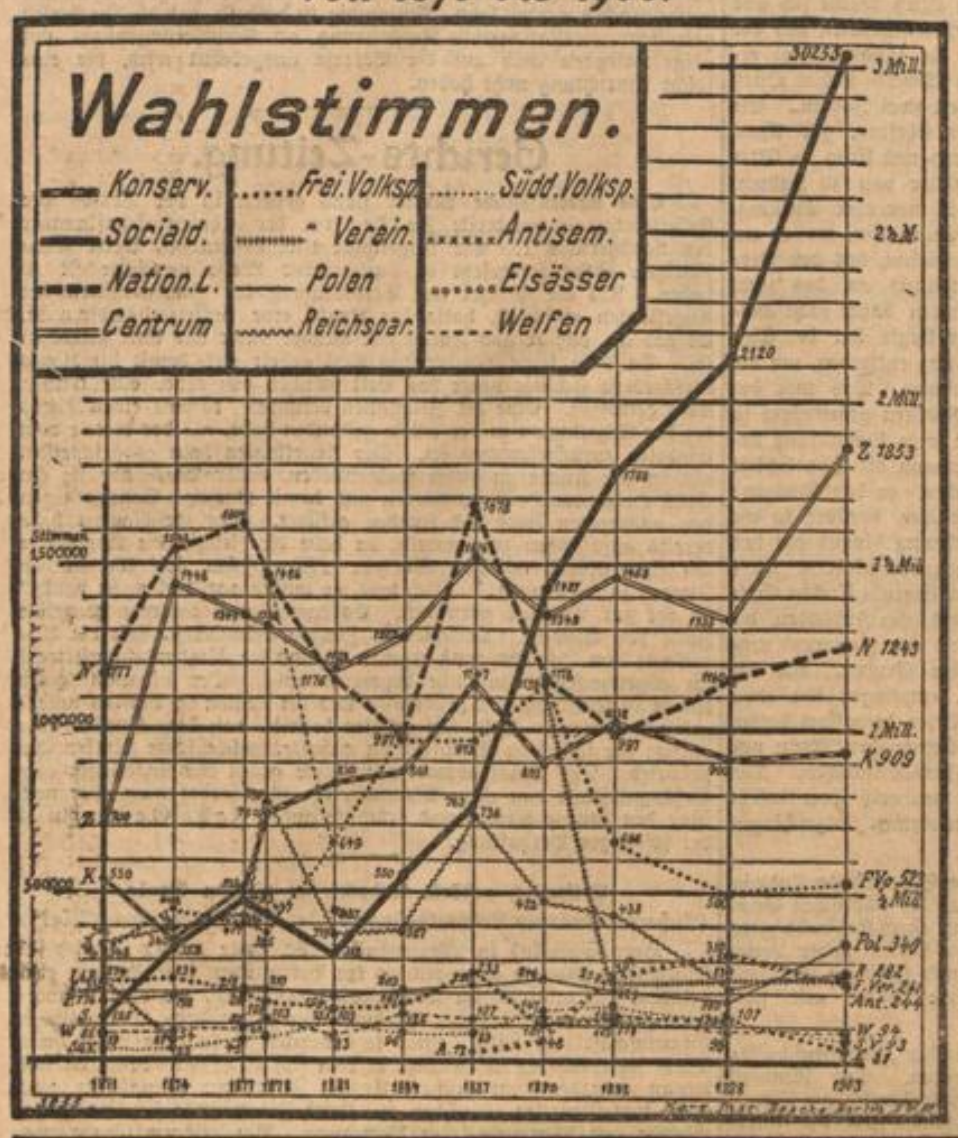
London, 22. Juli. (W. T. B.) Hoult (kons.) fragt, ob die Regierung davon Kenntnis habe, daß die deutschen Handels-Interessen in Rumänien durch einen Handels-Sachverständigen vertreten seien, und ob die Regierung ebenfalls einen Sachverständigen zur Wahrnehmung der englischen Interessen dort ernennen werde. — Unter-Staatssekretär des Aeußern Cranborne erwidert, der erwähnte deutsche Beamte werde als Ackerbau-Sachverständiger bezeichnet. Der Minister des Aeußern Lord Lansdowne werde mit dem Handelsminister Gerald Balfour in Erwägung darüber eintreten, ob man einen Schritt in dieser Richtung thun könne. Black (liberal) fragt an, ob Kanada seit 1897 in direkter Korrespondenz mit Deutschland wegen Tarifmaßregeln gestanden habe, und ob, falls dies zutreffe, die Korrespondenz veröffentlicht werden würde. Chamberlain erwidert: Die Regierung von Kanada kann mit der deutschen nur durch die englische Regierung in Verbindung treten. Es sind aber nichtamtliche Verhandlungen zwischen Mitgliedern der kanadischen Regierung und dem deutschen Konsul Bopp in Ottawa im Jahre 1901 gepflogen worden, die jedoch, soweit mir bekannt, nicht schriftlich festgelegt sind. Die gesamte Korrespondenz ist bereits veröffentlicht worden. Im weiteren Verlauf der Sitzung genehmigt das Haus mit 228 gegen 118 Stimmen die dritte Lesung der Vorlage betreffend das Unterrichtswesen in der Grafschaft London.

Innsbruck, 22. Juli. (W. H.) Von einer Bergwiese auf dem Ridnaun-Thale ist ein dort beschäftigter Arbeiter abgestürzt und war sofort tot.

Baku, 22. Juli. (W. T. B.) Hier ist ein Ausstand ausgebrochen, der sich auf alle Arbeitsgebiete erstreckt. 40 000 Mann haben die Arbeit eingestellt; nur wenige Bäcker arbeiten. Die Zeitungen erscheinen nicht.

Verantwortl. Redakteur: Julius Kaliski in Berlin. Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Die Stimmabgabe bei den Reichstagswahlen von 1871 bis 1903.



Beistehend geben wir unsern Lesern eine graphische Darstellung über die auf die einzelnen Parteien für ihre Vertreter in der Gesamtheit abgegebenen Stimmen im Deutschen Reiche, und zwar von 1871 an bis zur jetzigen letzten Wahl von 1903.

Diese Darstellung giebt die Zu- und Abnahme der in dieser Periode auf die einzelnen Parteivertreter gefallenen Stimmen wieder. Die senkrechten Linien bezeichnen die Jahre der Wahl (1871, 1874, 1877, 1878 nach der Auflösung wegen der Attentate, 1881, 1884, 1887 Auflösung wegen der Septennatsvorlage, 1890, 1893, 1898 und 1903), die zudem am Fuße der graphischen Darstellung eingeschrieben sind. Die horizontalen Linien bezeichnen die Anzahl der für die Parteien abgegebenen Wahlstimmen, von 100 000 zu 100 000 gezählt.

Die für alle einzelnen Parteien insgesamt im Reiche abgegebenen Stimmen kann man, an der Randlinie links beginnend, durch alle Wahlperioden hindurch genau verfolgen, wenn man die Signatur einer Fraktion (siehe die Zeichenerklärung oben in der Zeichnung) im Auge behält. Das Auf und Ab der Fraktionslinien giebt dann das Steigen und Fallen der für eine Partei abgegebenen Stimmen wieder.

In der Darstellung treten die Linien der abgegebenen Stimmen ganz besonders charakteristisch hervor, namentlich ist das stetige Anwachsen der Stimmen, die für socialdemokratische Kandidaten abgegeben sind, von ganz außerordentlich prägnanter Gestalt. Um der Uebersichtlichkeit nicht zu schaden, sind die für die kleinsten Fraktionen und die Fraktionslosen abgegebenen Stimmen in der Darstellung nicht erst wiedergegeben; um so deutlicher tritt die Stimmabgabe für die andren Parteien vor Augen, aus der man viel zutreffender, als aus einer die Abgeordnetenzahlen wiedergebenden Tabelle, die Stellung der Bevölkerung des Reiches zu den einzelnen politischen Parteibekenntnissen ersehen kann.

Die Ziffern des letzten Wahlergebnisses stimmen nicht ganz genau überein mit sonstigen Berechnungen; es ist dies teils die Folge der verschiedenartigen Zusammenrechnung einzelner Parteigruppen, teils der noch nicht hinreichend genauen Feststellungen im Statistischen Amt selbst.

Hie Socialismus — hie Kapitalismus.

Ein Nachwort zum Reichstagswahlkampf in Bremen.

Aus Bremen wird uns geschrieben:

Die Parteiverhältnisse in Bremen finden in ganz Deutschland kein Gegenstück. Was eigentlich überall sein sollte, ist in Wirklichkeit nur in Bremen vorhanden: hier steht ein organisiertes, kampflustiges, liberales Bürgertum der organisierten socialdemokratischen Arbeiterschaft gegenüber. Keinerlei sonstige Parteibildung existiert hier. Es giebt keine konservative oder agrarische Reaktion, es giebt keinen Antisemitismus, es giebt keinen Nationalsocialismus, es giebt kein Centrum, es giebt nur Liberale und Socialdemokraten. Die Liberalen sind vor zehn Jahren entstanden aus einer Koalition der einstmals feindlichen Nationalliberalen und der Freisinnigen beider Richtungen. Diese Koalition war eine Folge des 1890 erfolgten socialdemokratischen Sieges. Dieser Sieg war nur ein Zufallssieg gewesen. Der im Jahre 1888 erfolgte Anschluß Bremens an das Zollgebiet hatte die Preise für die Lebensmittel in Bremen mit einem Schlage enorm erhöht, wodurch große Unzufriedenheit auch in bürgerlichen Kreisen hervorgerufen worden war. Dazu kamen Mißhelligkeiten innerhalb der bürgerlichen Parteien, so daß Genosse Bruhns seinen Sieg mehr diesen Imponderabilien, als der Ausbreitung socialdemokratischer Ueberzeugung zu verdanken hatte. Aber dieser Sieg bewirkte die Einigkeit auf bürgerlicher Seite, und so war es kein Wunder, daß Bremen 1893 wieder an die Liberalen zurückfiel. Auch 1898 behauptete das Bürgertum wieder das Feld, obwohl die Socialdemokraten über 4000 Stimmen gewonnen hatten und nur noch mit 2000 Stimmen im Hintertreffen blieben. Von vornherein stand es deshalb für beide Parteien fest, daß es sich bei der diesjährigen Wahl um die endgültige Entscheidung handeln würde. Hat die Socialdemokratie in den letzten fünf Jahren so stark zugenommen, daß sie ihr Minus von 1898 und den erfahrungsmäßigen Zuwachs des Liberalismus überholt? Das war die allgemeine Frage. Die Entscheidung mußte auf des Messers Schneide stehen, wenige Stimmen konnten den Ausschlag geben, soviel war beiden Parteien klar.

Mit dieser Eventualität rechneten auch die Liberalen und im Hinblick darauf begannen sie frühzeitig mit einem recht eigenartigen Wahlmanöver.

Man wird sich noch der unaufhörlichen Kette von Nachrichten über Differenzen, Streiks, Aussperrungen u. s. f. beim Norddeutschen Lloyd und andren industriellen Betrieben an der Unterweser erinnern, die seit dem Februar dieses Jahres bis kurz vor der Wahl durch die Zeitungen liefen. Es soll nicht behauptet werden, daß der Lloyd die Streiks nur der Wahl wegen wollte. Es spielen da noch andre Motive beim Lloyd mit, die zu gegebener Zeit schon die nötige Beleuchtung in der Oeffentlichkeit finden werden. Aber gerade weil dem Norddeutschen Lloyd aus einer Reihe andrer Gründe heraus gerade im Frühjahre dieses Jahres an einem großen Streik gelegen war, schürte er um so eifriger dazu angesichts der bevorstehenden Wahl. Der frühere Reichstags-Abgeordnete für Bremen, Hermann Frese (inzwischen haben ihn seine „dankbaren“ Mitbürger für den Reinfall bei den Reichstagswahlen durch die Erhebung zum Senator entschädigt) ist ein hervorragendes Mitglied im Aufsichtsrat des Norddeutschen Lloyd. In ihrer Naivetät plauderten die liberalen Wahlagitatoren aus, daß Freses Wort bei der deutschen Reichsregierung viel gelte. Es bedurfte dieser Versicherung nicht erst. Die bremischen Socialdemokraten wußten, daß Reichstags-Abgeordneter Frese dem bremischen Großkapital, insbesondere dem Norddeutschen Lloyd, viel wertvoller war durch seine parlamentarische und außerparlamentarische Thätigkeit hinter den Coulissen als durch seine gemütliche, durch keine Aufregung aus dem Gleichmaß gebrachte öffentliche Arbeit im Plenum und in den Kommissionen. Um so peinlicher mußte es dem Norddeutschen Lloyd sein, wenn etwa in Zukunft an Stelle des von ihm mit hoher Tantieme bedachten, wohlwollenden, vor der Regierung aus lauter Bewilligungseifer schier zerfließenden Frese ein Socialdemokrat als Vertreter Bremens im Reichstag sitzen würde, der noch dazu wie Schmalfeldt die schmutzige Kehrseite beim Norddeutschen Lloyd durch genaueste Kenntnis und durch engste Fühlung mit den Arbeitern — nicht mit den Aktionären — des Lloyd zu beleuchten im stande ist.

Da wäre ein Streik ein vortreffliches Mittel gewesen, um die günstigen Aussichten der Socialdemokraten zu vernichten. Wenn es dem Lloyd durch seine geradezu unerhörten Provokationen gelungen wäre, schon im März einen Streik auf seiner Werft, der sofort auch auf zahlreiche andre Betriebe übergegangen wäre, zu entfesseln, so wären bis zur Wahl Hunderte und Tausende von wahlberechtigten Arbeitern in Bremen, Bremerhaven und Vegesack (diese drei Orte bilden neben dem bremischen Landgebiet den bremischen Staat und gleichzeitig den Wahlkreis) abgereist. Weitere Hunderte von Arbeitern hätten sich durch die Not zur Entgegennahme irgend einer sie des Wahlrechts beraubenden Armenunterstützung bewegen lassen. Die Wahlkasse wäre leer geblieben, da jeder überflüssige Groschen der weiterarbeitenden Genossen für Unterstützung der Streikenden draufgegangen wäre und — last not least — in den langen Wochen bis zur Wahl hätte sich der Arbeiterschaft Bremens eine gewisse Unlust bemächtigt, bei den Streikenden würde es nicht an Vorwürfen gegen die Führer gefehlt haben, so daß die für den Wahlkampf notwendige Einheitlichkeit, Geschlossenheit und Schlagkraft nicht vorhanden gewesen wäre.

Man wird zugeben, daß dieses Scharfmacherexempel gar nicht so übel ausgedacht war. Es litt nur an dem Fehler, daß es die Klugheit der Arbeiter zu tief eingeschätzt hatte. Die Arbeiter bewiesen auch den schnödesten und frechsten Provokationen gegenüber eine kalte Zurückhaltung: wir streiken, wenn wir wollen, nicht wenn die Unternehmer wollen. Das war der Grundgedanke, von dem sie sich leiten ließen. Inzwischen hielten sie ihr Pulver trocken und füllten sie die Wahlkasse.

Erst drei Wochen vor der Wahl gelang den Baugewerksmeistern Bremens eine Riesenaussperrung der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter. Aber jetzt war es zu spät. Es reiste keiner mehr ab, wer doch abreiste, erhielt von seiner Gewerkschaft die Mittel, um am Tage der Wahl zurückzukehren. Dafür aber hatte diese gerade vor Pfingsten erfolgende Aussperrung den von den Liberalen nicht erwarteten Erfolg, daß den zahlreichen kleinen Handwerkern und Geschäftsleuten Bremens ad oculos demonstriert wurde, wie wichtig für sie eine gut gelohnte Arbeiterschaft ist. Durch die Aussperrung von Tausenden fleißiger Arbeiter fielen die Pfingsteinnahmen vieler Geschäftsleute so mager aus, daß dieser Grund allein schon fast hinreichte, um sie für den socialdemokratischen Stimmzettel empfänglich zu machen. Die Aussperrung wurde beigelegt und die Kampfeslust der Arbeiter hatte einen neuen Antrieb bekommen.

Aber diese wirtschaftliche Beeinflussung des Wahlkampfes war nicht das einzige Mittel der liberalen Gegner. Auch mit „geistigen“ Waffen kämpften sie. Frese selbst sprach allerdings nur einmal in öffentlicher Versammlung. Aber er hatte sich mit einer Phalanx von liberalen Agitatoren umgeben, auf die er in Bezug auf Quantität des Redens und auf Unermüdlichkeit stolz sein konnte. Mehrere Volksschullehrer und höhere Lehrer, mehrere Rechtsanwälte, Ingenieure, Professoren, Doktoren, Kaufleute, Bürgerschaftsmitglieder hatten sich augenscheinlich seit langer Zeit gewissenhaft mit dem ganzen liberalen ABC, wie es niedergelegt ist in den Richterschen „Irrlehren“ und in den „Zukunftsbildern“ und später im „Socialistenspiegel“, vertraut gemacht. Ergänzt hatten sie dieses „Material“ durch alle möglichen krausen, zusammenhanglosen Citate aus irgend welchen socialdemokratischen Schriftstellern, Rednern und Zeitungen; besonders aber hatten sie die Fränkelschen „Socialen Lehren und Thatsachen“ mit heißem Bemühen studiert; und die Lorenzsche „Antisocialdemokratische Korrespondenz“ wurde von der liberalen Presse weidlich benutzt. Es ist fast keine einzige von socialdemokratischer Seite arrangierte Versammlung vergangen, in der nicht mehrere Vertreter der Freseschen Leibgarde anwesend waren. Hatte Schmalfeldt eine Stunde für sein Referat gebraucht, so sprach ein liberaler Rechtsanwalt zwei Stunden nach ihm, dann kam wieder ein Socialdemokrat, dann wieder ein Liberaler, so daß fast keine Versammlung vor 1 Uhr nachts zu Ende war. Wohl aber währten einige noch länger. Und das fast Abend für Abend. Wo sonst in Deutschland hat das Bürgertum noch so viel Eifer zum Diskutieren gezeigt?

Zu dieser mündlichen Agitation trat die schriftliche. Die liberale Presse ist in Bremen stark verbreitet. Und die sogenannte „unparteiische“ Presse half durch Abdruck der liberalen Flugblätter auch fleißig mit. Das liberale Lokalblatt Bremens, eine Uebertragung der im gleichen Verlage erscheinenden „vornehmeren“ „Weser-Zeitung“ ins Burleske, Rohe und Spießbürgerhafte, suchte durch pöbelhaften Ton gegenüber dem socialdemokratischen Organ und den socialdemokratischen Führern seinen Mangel an Geist zu verdecken. In den letzten Wochen vor der Wahl brachte es eine Artikelserie, in der die neuesten Entstellungen des Socialismus als Theorie und der Socialdemokratie als politische Partei zusammengetragen waren. Die Korbmacher Fischer, Lorenz und ähnliche Sudelfinken hatten hier in Bezug auf Skrupellosigkeit im Verdächtigen, Entstellen und Verleumden ihren Meister gefunden. Was vermochte gegenüber dieser Agitation, die täglich ihren Unrat über ganz Bremen ergoß, die „Bremer Bürger-Zeitung“, unser Parteiorgan, mit ihrer verhältnismäßig niedrigen Abonnentenziffer, und die Flugblätter?

Da entschlossen sich die bremischen Genossen angesichts ihres nicht unbeträchtlichen Wahlfonds zu einem Mittel, das zwar sehr kostspielig, aber auch überaus wirksam war, und das allen andern Wahlkreisen nur zur Nachahmung empfohlen werden kann. Sie gaben in den letzten drei bis vier Wochen vor der Wahl unser Parteiblatt in einer täglichen Auflage von 43 000 Exemplaren heraus (das liberale Blatt hat eine Auflage von 28 000) und ließen diese Riesenauflage Tag für Tag mit prompter Regelmäßigkeit Haus für Haus in Bremen verteilen.

Sicher ist dieser vorzüglichen Methode, durch die jeden Tag jeder Wähler in Bremen ein Gegengewicht gegen die von liberaler Seite an ihm versuchte geistige Vergewaltigung erhielt, ein gut Teil Verdienst an dem Siege mit zuzuschreiben.

Noch eines Umstandes muß Erwähnung gethan werden. Der liberale Kandidat war schon zehn Jahre glorioser Vertreter von Bremen gewesen, sein Lob wurde jeden Tag mit vollen Backen verkündet. Er war ein bremischer Großkaufmann, Aktionär bei dem größten Handelsunternehmen Bremens, beim Lloyd, also für den Durchschnittsphilister der geeignetste Vertreter für eine Handelsempore wie Bremen. Und einer solchen Leuchte wagten die Socialdemokraten den „kleinen Schankwirt aus Bremerhaven“ gegenüber zu setzen! Der inzwischen plötzlich verstorbene Bürgermeister Gröning hatte dem Genossen Schmalfeldt in öffentlicher Bürgerschaftssitzung diesen Titel angehängt und damit dem ganzen bremischen Spießbürgertume aus dem Herzen gesprochen. Selbst uns nahestehende bürgerliche Elemente stießen sich daran, daß Genosse Schmalfeldt kein Bremer, wohl aber ein Schankwirt sei. Natürlich wiesen wir darauf hin, daß wir den Kandidaten nicht seiner schönen Augen oder seiner kommerziellen Fähigkeiten wegen wählen, sondern wegen seiner politischen Zuverlässigkeit und Ueberzeugungsfestigkeit. Wir wählen in dem Kandidaten das politische Princip, wir votieren damit für den Socialismus, so sprach die „Bürger-Zeitung“ sich vor der Wahl mehrfach aus.

Wenn man alle diese Einzelmomente erwägt, so gewinnt der Sieg in Bremen eine Bedeutung weit über Bremen hinaus. Wenn erst wie in Bremen, wo die Arbeiterschaft dank relativ guter Schulen ein relativ hohes geistiges Durchschnittsniveau besitzt, die Socialdemokratie festen Fuß gefaßt hat, so sind ihr gegenüber alle Machtmittel der herrschenden Klasse zwecklos. Der brutalen wirtschaftlichen Gewalt setzt sie kluge Zurückhaltung und immer festere gewerkschaftliche Organisation gegenüber. Dem vereinigten liberalen Bürgertum wächst sie in zielbewußter politischer Thätigkeit langsam aber sicher über den Kopf. Für die Gegner der Socialdemokratie in Bremen gilt, was Kautsky gegen Schluß seiner Broschüre „Die Vernichtung der Socialdemokratie“ von den „schlauesten“ Gegnern der Socialdemokratie in England sagt: „Sie stehen ab von der gewaltsamen Unterdrückung durch politische Mittel, welche nur den Erfolg hat, die Arbeiter in hellen Haufen der Socialdemokratie zuzuführen. Sie biedern sich vielmehr an die Arbeiterschaft an unter der Maske der Arbeiterfreundlichkeit, verleumden die Socialdemokratie und suchen den Arbeitern weiß zu machen, ein großer Teil der Bourgeoisie wünsche nichts sehnlicher als ihnen beizustehen. Sie schwärmen für Gewerkschaften, Genossenschaften, sogar für die Wahl von schlichten Arbeitern in die Volksvertretung, sie beteuern, wie gern sie all das und damit den Aufstieg der Arbeiterschaft fördern möchten, wenn nur die Socialdemokratie nicht wäre, die den Klassenkampf predige und den Unfrieden säe.“

Diese biedermeiernde Sorte Bürgertum ist in Bremen vorhanden, und auf alle mögliche außerpolitische Weise hat sie es in den letzten Jahren versucht, sich bei den organisierten Arbeitern einzuschmeicheln. Das bremische Wahlergebnis vom 16. Juni, der Stimmenzuwachs von 6440 (gleich 34,5 Proz. gegenüber einem liberalen Zuwachs von 14,6 Proz. seit 1898) hat den unzweideutigen Beweis geliefert, daß eine aufgeklärte klassenbewußte Arbeiterschaft durch solchen Köder nicht mehr zu fangen ist. —

Lokales.

Lektüre für das Volk.

Ein Leser schreibt uns: „Noch ist das bei der Palastrevolution in Serbien von der Soldateska vergossene Blut kaum eingetrocknet, und schon nimmt sich irgend ein spekulativer Gemütsmensch die Freiheit, einen „Roman“ darüber zu schreiben. Dieser ist kürzlich im Verlage des Herrn A. Weichert, jenes Schundroman-Herausgebers, in unserer „Stadt der Intelligenz“ erschienen und nennt sich wörtlich: „Königin Draga, das Verhängnis von Serbien“ oder: „Der Königsmord von Belgrad. Sensationsroman aus der Gegenwart.“ — Der sogenannte Autor hat in begreiflicher Scham auf die Nennung seines Namens verzichtet; nicht einmal ein aristokratisches Pseudonym a la „Guido von Fels“, wie man sie sonst auf dem Titelblatte dieser „Litteratur“produkte lesen kann, erfreut den minder vornehmen Leser. Die Illustrationen, die ich in einem Schaufenster bewundern durfte, sind ebenso schlecht wie früher: unverwüstlich roh und albern.“

Der Einsender berührt mit seiner Zuschrift einen wunden Punkt des Volkslebens: die Vergiftung und Verblödung breiter Massen durch eine unbeschreiblich öde und geistlose Schundlitteratur. Denn leider finden die Verbreiter derartig plumper und wüster Machwerke in den Kreisen des Proletariats, unter Dienstmädchen, Arbeiterfrauen und jugendlichen Arbeitern noch zahllose begierige Abnehmer. Diese Elemente, denen ihre sociale Lage und eine mangelhafte Volksschulbildung die Fähigkeit des Genusses wirklich lesenswerter Litteraturwerke vorenthalten hat, finden in den kindischen, meist blutigen Schauergeschichten der Kolportage-Litteratur eine Welt voll greller Sensationen, in die sie sich aus dem grauen Elend und Einerlei ihres ereignisarmen Daseins flüchten. Daß diese Welt lächerlich verzerrt ist, daß schon der Stil dieser „Geschichten“ auf jeden gebildeten Leser neben dem ästhetischen Ekel den unbezwingbarsten Lachreiz ausüben muß, empfinden die Bedauernswerten nicht. Nun sind wir allerdings der Ansicht, daß es unendlich schwierig ist, gerade diese von der Kolportage-Litteratur seelisch verheerten Elemente geistig und ästhetisch zu erziehen. Aber für eine Unmöglichkeit, dem Kolportageroman-Schund den Boden abzugraben, halten wir es deshalb durchaus nicht. Wenn nur jeder Arbeiter, dem es seine Mittel gestatten, dafür sorgt, daß seine Frau und seine Kinder rechtzeitig eine vernünftige Erzählungslitteratur in die Hand bekommen, so wird damit eine außerordentliche Schärfe des Intellekts und Verfeinerung des Geschmacks zu erreichen sein. Und neben anderen Mitteln — billige Volksausgaben unserer besseren Erzähler — ist hierfür ein Mittel gegeben in den „Freien Stunden“, den 10-Pfennig-Heften, die der „Vorwärts“-Verlag seit einer Reihe von Jahren mit steigendem Erfolge herausgiebt. Die „Freien Stunden“ sind eine ebenso preiswerte wie gediegene Unterhaltungsschrift, die in dem Kampfe um die litterarische Volksaufklärung eine ganz erhebliche Rolle spielen kann. Der nunmehr abgeschlossen vorliegende Halbjahresband des siebenten Jahrganges beweist aufs neue das Geschick, mit dem der Herausgeber eine litterarische Auswahl zu treffen versteht. Er enthält die Romane „Der Goldmensch“ von Maurus Jokai und „Tante Therese“ von Erckmann-Chatrian. „Der Goldmensch“ ist einer der besten Romane des berühmten ungarischen Romanciers. Eine Erzählung

voll spannender Handlung, voll kühner und prächtiger Naturschilderung, voll feiner Seelenmalereien. Und der zweite Roman „Tante Therese", eine der besten Erzählungen des volkstümlichen elsässischen Dichterpaares, entrollt ein farbenechtes und farbenbuntes Kriegsbild aus den Jahren 1793 und 1794, ein Bild aus den Kämpfen der französischen Revolution, wie es dieselben Verfasser mit gleicher Wärme und Eindringlichkeit nur in einem andren großen Roman, der „Geschichte eines Bauern" zu entwerfen vermocht haben. Und neben diesen beiden Meisterwerken wahrhaft volkstümlicher Erzählungskunst enthält der Band noch eine Menge bunten, interessanten Unterhaltungsstoffes. Durch Jeremiaden über die Kolportage-Litteratur wird nichts erreicht, nur durch Verbreitung besseren Lesestoffes kann der Pest der Schundromane entgegengewirkt werden. Deshalb sollte die Arbeiterschaft auch so weit als irgend möglich durch Verbreitung der „Freien Stunden" den Geschmack ihrer Angehörigen zu läutern und deren geistiges Niveau zu heben suchen. Arbeiterinnen und Arbeiter, die sich an Kolportage-Romanen erhitzen, sind auch dem helle Hirne erfordernden Kampfe des modernen Proletariates verloren!

Von einem heftigen Unwetter wurden am vorgestrigen Tage die nordöstlichen Vororte heimgesucht, welches in den Dörfern, in Waldungen und auf den Feldern großen Schaden verursachte. In Weißensee wurden innerhalb weniger Minuten infolge eines, das Gewitter begleitenden Wochenbruchs die sämtlichen niedriger gelegenen Straßenzüge unter Wasser gesetzt. Die Langhansstraße glich einer brandenden See; die Fluten drangen in die Kellerräume und verbreiteten sich auf den anliegenden Feldern und einem reißenden Strome gleich ergoßen sich die Wassermassen die König-Chaussee und Prenzlauer Allee entlang nach der Greifswalderstraße und Prenzlauer Allee in Berlin. Hier stauten sich die Wassermengen derartig, daß infolge des Hochwassers der Verkehr zwischen Weißensee und Berlin vollständig unterbrochen wurde und die Straßenbahnlinien 60, 61 und 62 Schöneberg respektive Dönhoffplatz—Weißensee stundenlang nur zwischen den Berliner Endpunkten und Danzigerstraße verkehren konnten. Durch die Ueberschwemmung wurde das Straßenpflaster aufgerissen, Bürgersteige und Fahrdämme versandet und die Felder vielfach mit einer Schlammkruste überzogen. Aehnlich wütete das Unwetter auch in den weiter hinaus gelegenen Vororten, so in Ahrensfelde, auf dem städtischen Rieselgut Wartenberg, Heinersdorf usw. Schwere Verluste erlitten die Landwirte, denen vielfach die Ernte vernichtet wurde.

Zu dem Fall Schindler wird weiter berichtet, daß nach einer hier aus New York eingetroffenen Drahtnachricht der flüchtige Jakobus schon in der vorigen Woche dort gelandet ist. — Bezüglich Schindlers hat auch die Leichenöffnung, abgesehen von den polizeilichen Feststellungen, ergeben, daß sich Schindler nicht selbst erschossen hat. Danach kommt als Thäterin die Ehefrau in Frage. Daß sie sich in Hamburg befunden hat, beweist der Umstand, daß sie einen Brief in einen aus Hamburg abgehenden Zug steckte und auch eine Drahtnachricht nach Berlin gelangen ließ. — Der Zusammenbruch der Bank stand bereits vor Jahresfrist bevor. Schindler hat, wie jetzt feststeht, für sich und die Familie außerordentlich hohe Summen verbraucht. Nach Ausweis der Bücher betrugen die wirtschaftlichen und Familienausgaben nicht weniger als 25 000 M. jährlich. Thatsächlich steckte er schon seit Jahren in Zahlungsschwierigkeiten, obgleich der ungewöhnliche Aufwand bis zuletzt getrieben wurde. Vor einiger Zeit hatte sich ein Käufer gefunden, der das Bankgeschäft und das Sanatorium für $1^3/_4$ Millionen Mark erwerben wollte. Dieser trat aber zurück, als er erfuhr, in wie großen Zahlungsschwierigkeiten Schindler sich befand. Das Sanatorium gab dem Bankgeschäft die Rückenstärkung; aus seinen Einkünften hat Schindler verschiedentlich Fehlbeträge beglichen. Der Bauneister des Hauses, das Schindler selbst aufführen ließ, besitzt daran die dritte Hypothek. Der Konkurs ist noch nicht eröffnet, weil die Gläubiger vermuten, daß Frau Schindler eine größere Summe hinter sich gebracht habe und daher abwarten wollen, ob sie lebend oder tot zum Vorschein kommen wird.

Ein Bootsunfall auf der Oberspree brachte gestern zwei Menschenleben in Gefahr. Von dem Ruderklub „Hansa" waren die Mitglieder Trauschke und Fischer in dem Einskuller „Rekrut" stromaufwärts gefahren, als sie bei Nieder-Schöneweide in der Nähe der Wolffschen Kattunfabrik in den Wellenschlag des Dampfers „Kyffhäuser V" gerieten. Hierbei kenterte das Boot und beide des Schwimmens unkundige Insassen stürzten in die Spree. Sie waren dem Untergange nahe, als zufällig das Motorboot „Eugen" die Unfallstelle passierte. Der Besitzer desselben sprang kurz entschlossen über Bord, schwamm nach dem gekenterten Kahn und erfaßte den Trauschke. Er hielt ihn solange über Wasser, bis noch weitere Hilfe herbeieilte, worauf sich die Rettung glatt vollzog. Fischer war durch die Wogen in die Nähe des Ufers geworfen worden, wo er in einen flottgemachten Handkahn gezogen werden konnte. Wie später ermittelt wurde, war der Retter des Trauschke der Polizeilieutenant a. D. Fabrikbesitzer Zerener aus der Cuvrystr. 1 in Berlin.

Ueber die Poliklinik für Haustiere an der königl. Tierarzeneischule wird von Hundebesitzern Beschwerde geführt. Wie uns mitgeteilt wird, wurden dortselbst, trotzdem die unentgeltliche Sprechstunde laut Bekanntmachung von 10—11 Uhr vormittags stattfinden soll, Besuche wiederholt bereits um $9^1/_2$ Uhr zurückgewiesen, da bereits 25 Konsultanten anwesend seien und darüber hinaus keine Besuche angenommen würden. Jedenfalls scheint uns eine derartige Praxis zum mindesten der Bekanntmachung nicht zu entsprechen. Entweder sollte man bekannt geben, daß höchstens 25 Personen abgefertigt werden, oder man sollte durch Mehrverwendung von Aerzten für die Abfertigung aller sich rechtzeitig einstellender Reflektanten sorgen. Das letztere wäre das empfehlenswertere.

Ein rätselhafter Todesfall beschäftigt die Staatsanwaltschaft. Der vier Jahre alte Knabe Hellmuth Köpke aus der Richthofenstraße 17 spielte in der elterlichen Wohnung mit einem Balle, fiel dabei auf den Hinterkopf und war nach 10 Minuten tot. Ob das Ableben des Kindes auf diesen Fall oder auf ein vor 14 Tagen geschehenes Vorkommnis zurückzuführen ist, bildet den Gegenstand der Untersuchung. Damals wurde der Knabe von einem Radfahrer umgestoßen und klagte seitdem über Schmerzen im Kopf.

Eingestelltes Verfahren. Vor etwa sechs Monaten erregte die Verhaftung des Kartographen Fischer zu Schöneberg Aufsehen. Er war in den Verdacht geraten, versucht zu haben, seine Ehefrau durch Beibringung von Gift zu ermorden, indem er ihr längere Zeit hindurch Jodkali in den Kaffee gethan. Der Verhaftete giebt dies zu, es sei aber nur in kleinen Dosen und auf Anraten seines Arztes geschehen, um zu verhüten, daß auch seine Ehefrau von einer Krankheit ergriffen werde, an der er gelitten habe. Seinem Verteidiger, Dr. Schwindt, gelang es bald, die Freilassung des Verhafteten zu erwirken. Jetzt haben sich die Verdachtsmomente gegen Fischer soweit verflüchtigt, daß das Verfahren gegen ihn eingestellt ist.

Zu einem Vergiftungsversuch der Tischlerfrau Emilie Bogdahn aus der Putbuserstr. 10 führten unglückliche Eheverhältnisse. Die Ehe der 29 Jahre alten Frau besteht seit fünf Jahren. Aus ihr sind zwei Kinder im Alter von drei Jahren und sechs Monaten hervorgegangen. Das Zusammenleben scheint kein glückliches gewesen zu sein; denn Frau Bogdahn beklagte sich bei einer Nachbarin, daß ihr Mann öfter angetrunken nach Hause komme und sie dann mißhandle. Gestern nachmittag 5 Uhr hörten Hausbewohner einen durchdringenden Schrei aus der Bogdahnschen Wohnung heraus. Die Frau hatte in selbstmörderischer Absicht Lysol getrunken und lag auf dem Fußboden. Ein Lückscher Wagen brachte sie nach dem Lazarus-Krankenhaus. Die Kinder wurden bei Nachbarn untergebracht.

In einem Wirtshause Gift genommen hat in der letzten Nacht um $11^1/_2$ Uhr der 28 Jahre alte Buchdrucker Albert Stelzer aus der Oderbergerstraße 22. Er hatte fünf Jahre lang ein Liebesverhältnis mit einer Schneiderin, die im vergangenen Jahre der Schwindsucht erlag. An jedem Sonntag pilgerte Stelzer nach dem Gesundbrunnen, um auf dem Grabe seiner Braut einen Kranz niederzulegen. Gestern abend befand er sich in einem Wirtshause in der Swinemünderstraße. Dort übermannte ihn die Wehmut, so daß er sich zu vergiften versuchte. Als sich die Folgen der Vergiftung einstellten und man ihn hinausführte, äußerte er: „Ich habe Gift genommen wegen meiner Anna". Schwerkrank wurde er in einer Droschke nach der Charité gebracht.

Ein Familiendrama spielte sich heute morgen in dem Hause Soldinerstraße 37 ab. Die Weberfrau Anna Bließ wollte sich und ihre drei Kinder umbringen. Die beiden ältesten flüchteten aus der Wohnung, so daß die Mutter nur sich und ihr jüngstes Kind ermordete. — Die Familie des 39 Jahre alten Webers Albert Bließ wohnte im vierten Stock des Quergebäudes seit zwei Jahren. Sie besteht aus dem Ehemann, der gleichaltrigen Ehefrau, geb. Anna Abendroth, und den drei Kindern Richard, Franz und Erna im Alter von 12, 8 und 7 Jahren. Eine Tochter im Alter von 19 Jahren, die vor der Ehe geboren wurde, befindet sich in dienender Stellung. Der Ehemann arbeitet in einer Fabrik am Engel-Ufer, wo er ein 21 Jahre altes Mädchen kennen lernte. Mit diesem, das den Vornamen Josefine trägt, knüpfte Bließ ein Verhältnis an, das nicht ohne Folgen blieb. Eheliche Streitigkeiten konnten daher nicht ausbleiben. Wie die Ehefrau dem Hausverwalter klagte, hat der Ehemann ihr gedroht, er werde sie aus der Wohnung entfernen, um die Geliebte dort ihres Zustandes wegen aufzunehmen. Das war der Frau zu stark, und sie beschloß, mit den drei Kindern gemeinsam in den Tod zu gehen. Zu dem Zweck hatte sie eine Lysollösung beschafft und äußerte heute morgen, als der Ehemann die Häuslichkeit verlassen hatte, um seine Arbeitsstelle aufzusuchen, zu den Kindern: „Wir wollen sterben". Die beiden Knaben brachen darüber in ein lautes Geschrei aus und stürmten aus der Wohnung hinaus auf den Hof, um bald mit zusammengerufenen Nachbarn zurückzukehren. Diese Zeit hatte Frau Bließ benutzt, um ihre im Bett liegende Tochter Erna und sich selbst zu vergiften. Die Mutter lag auf dem Fußboden, die Tod war bei beiden schon eingetreten. Weinend und jammernd umstanden die überlebenden Knaben die traurige Gruppe. Als die Mann von seiner Arbeit herbeigerufen wurde, empfingen ihn etwa 30 Frauen aus der Nachbarschaft, die sich mit Besen bewaffnet hatten und über ihn herfielen. Der Hausverwalter konnte den Mann nur mit Mühe vor der Wut der aufgebrachten Frauen schützen. Der Hausverwalter ist der Ansicht, daß die Frauen den nach ihrer Ansicht schuldigen Weber Bließ ohne sein Dazwischenkommen totgeschlagen haben würden.

Einen tödlichen Absturz erlitt der 44jährige Eisenarbeiter Ludwig Sonnenberg aus der Turmstr. 49. Er war auf der städtischen Gasanstalt in der Danzigerstraße bei der Aufstellung eines Kohlenbaggers beschäftigt und stürzte dabei von einer zwei Meter hohen Leiter herab. Dabei erlitt er einen Schädelbruch und starb im Krankenhause am Friedrichshain. Er hinterläßt eine Witwe mit fünf Kindern.

Große Unterschlagungen sind vom Rendanten der „Genossenschaftsbank Berliner Restaurateure" begangen worden. Der Rendant Gerand hat 54 500 M. defraudiert. Er wurde bereits am Dienstag verhaftet. Gerand war derjenige, der seiner Zeit die Unterschlagungen seines Vorgängers mit aufdeckte. Gerand war ferner einer von denjenigen, die seiner Zeit für den Ausschluß der „socialdemokratischen" Genossenschaften aus dem Genossenschaftsverband eintraten.

Beim Siegesfest des 5. Kreises am Sonntag ist ein Regenschirm stehen geblieben, der bei Liepmann, Linienstr. 242 I, wochentags abgeholt werden kann.

Feuerbericht. Durch ein Feuer in dem Kasernement des Füsilier-Bataillons des Kaiser Franz Garde-Grenadier-Regiments sind die Bestände der Kriegs-Bekleidungskammer über dem Mittelportal teilweise verbrannt und teilweise so beschädigt, daß sie unbrauchbar geworden sind. Die große Ausdehnung des Brandes ist der unzulänglichen Feuerlöscheinrichtung der Kaserne zuzuschreiben, die sich als vollständig unzureichend erwiesen hat. Der Druck von den auf dem Kasernenhofe angebrachten Hydranten, die nur mit der Hausleitung verbunden waren, reichte nicht hin, um im vierten Stock Wasser zu geben, geschweige denn im fünften und auf dem Boden. Es mußten deshalb erst 400 Meter lange Schlauchleitungen gelegt und mit Dampfspritzen verbunden werden, wodurch natürlich anfänglich kostbare Zeit verloren ging. Jetzt wird die Feuerlöscheinrichtung verbessert werden. In der letzten Nacht mußte ein Wohnungsbrand in der Posenerstr. 9 gelöscht werden. Außerdem hatte die Wehr noch in der Lankwitzstr. 5 und verschiedenen andren Stellen zu thun.

Aus den Nachbarorten.

Achtung, Charlottenburg! Am Freitag, den 24. d. M., abends $8^1/_2$ Uhr, findet im Volkshause, Rosinenstr. 3, der zweite Vortragsabend des Genossen Paul Hirsch über die kommenden Landtagswahlen statt. Um zahlreiche, rege Beteiligung wird gebeten.

Einen Kinderwagen mit einem Kinde überfahren, ebenso auch die den Wagen vor sich herschiebende Mutter, hat am Dienstagvormittag in Charlottenburg der Inspektor eines Fuhrherrn, der mit einem Jagdwagen durch die Rosinenstraße fuhr. Eine Frau Krause, die am Lützow 16a wohnt, fuhr ihr einjähriges Töchterchen in einem Kinderwagen über den Straßendamm. Die Uebersicht über die Straße wurde ihr durch einen Steinwagen entzogen, der an ihr vorübergefahren war. Kaum hatte sie die Mitte des Dammes erreicht, als auch schon der Jagdwagen, der sich in schneller Fahrt fortbewegte, die Gruppe erreicht hatte. Ein Ausweichen war keinem Teile mehr möglich: Mutter und Kind wurden umgestoßen. Das Kind hat, obgleich es aus dem Wagen herausgeschleudert wurde, keine Verletzungen erlitten, wie auf der Unfallstation festgestellt wurde. Die Mutter dagegen trug durch Ueberfahren verschiedene Verletzungen an den Rippen und im Innern davon. Auch der Kinderwagen wurde überfahren.

Rixdorf. Wieder angefunden hat sich das Dienstmädchen Elisabeth Bauschke aus der Ziethenstr. 78, welches, wie wir berichteten, seit kurzem vermißt wurde und ihrer Mutter brieflich mitteilte, daß sie wegen der zu erwartenden Folgen eines Liebesverhältnisses in den Tod gehe. Wo das Mädchen sich bisher verborgen gehalten, ist nicht bekannt. — Während eines Ausfluges, welchen der Schuhmachermeister Heinrich Kühn, Thomasstr. 6—7 wohnhaft, mit seiner Familie unternommen hatte, drang ein Einbrecher in die unbeaufsichtigte Wohnung und entwendete die gesamten Ersparnisse des K. im Betrage von 114 M. Bisher fehlt von dem Thäter noch jede Spur. — Vor Dieben gewarnt seien die Besucher der Stolzenburgschen Volksbadeanstalt an der Canner Chaussee. In den letzten Tagen wurde wiederum dem Bäcker Klix, Richardstraße 49, ein Portemonnaie mit 18 Mark und dem Lederarbeiter Päske, Hermannstraße 158, ein solches mit 8 Mark Inhalt gestohlen. Am sichersten schützen sich die Badenden vor derartigen Verlusten, wenn sie alle Wertsachen dem Bademeister zur Aufbewahrung geben. — Hilflos aufgefunden wurde in später Abendstunde vor einem Hause am Mariendorfer Weg der 74 Jahre alte ehemalige Buchhalter Franz Meixner aus Berlin. Der Greis gab an, im Siechenhaus in der Fröbelstraße 113 in Berlin zu wohnen und auf einem Spaziergang vor Altersschwäche zusammengebrochen zu sein. Ein Schutzmann brachte den alten Mann daher mittels Droschke nach der genannten Anstalt zurück. Seitens der Verwaltung des Siechenhauses wurde die Aufnahme des Greises jedoch mit dem Bemerken abgelehnt, daß derselbe sich seit mehreren Tagen umhergetrieben habe!! Dem Schutzmann blieb infolgedessen nichts anderes übrig, als den Greis nach dem städtischen Obdach zu bringen.

In unserem Bericht aus dem Kreise Niederbarnim im „Vorwärts" vom 21. Juli ist ein wesentlicher Irrtum unterlaufen. Die Aufforderung an die Gemeindevertreter der Vororte, für eine ortsstatutarische Erweiterung der Krankenversicherungspflicht der Heimarbeiter einzutreten, kann um deswillen nicht zutreffend sein, weil die Versicherungspflicht der Heimarbeiter bereits durch die Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz vom 12. April 1892 reichsgesetzlich geregelt und ausgesprochen wurde. Anders verhält es sich mit der Versicherungspflicht der selbständigen Hausgewerbetreibenden, die in Gemäßheit des Gesetzes, betreffend die Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes vom 30. Juni 1900 durch Ortsstatut geregelt und ausgesprochen werden kann. Notwendig ist deshalb, daß die für Berlin getroffene ortsstatutarische Ausdehnung der Versicherungspflicht auf obige Kategorie auch auf die Vororte ausgedehnt wird, die eine solche Einrichtung nicht haben.

Gerichts-Zeitung.

Eine unmenschliche Mutter stand gestern in der Person der Arbeiterehefrau Friederike Zeller vor der zehnten Strafkammer des Landgerichts I. Die Angeklagte war beschuldigt, ihren zehnjährigen Sohn fortgesetzt in barbarischer Weise gemißhandelt zu haben. Als die Polizei auf Veranlassung der Hausnachbarn der Angeklagten einschritt, hatte der Knabe eine klaffende Kopfwunde. Er gab an, daß er aus Furcht vor Prügel unter das Bett gekrochen sei. Da habe seine Mutter das Beil geholt und damit blindlings verschiedene Schläge unter das Bett geführt, von denen einer seinen Kopf getroffen. Eine der Zeuginnen bekundete, daß sie eines Tages bei der Angeklagten in der Küche gestanden habe, als der Knabe vom Einholen zurückgekommen sei. Der Angeklagten habe es geschienen, als sei der Knabe zu lange fortgeblieben, voller Wut habe sie ein Stück Holz vom Herd genommen und damit wuchtige Schläge gegen den unbedeckten Kopf des Knaben geführt. Der Geschlagene habe bereits angefangen zu taumeln, da habe die Zeugin die Angeklagte am Arm gepackt mit den Worten: „Aber Frau, Sie können den Jungen ja totschlagen!" „Ach was, er müßte noch viel mehr haben" sei ihr zur Antwort geworden. Es kamen noch mehrere derartige Fälle zur Sprache. Verschiedene Zeugen bekundeten, daß die Angeklagte dem Schnapsgenuß ergeben sei und die Mißhandlungen wohl im angetrunkenen Zustande begangen habe. Der bedauernswerte Knabe ist seiner Mutter genommen und bei Leuten in Pernau untergebracht worden. Sein Pflegevater bestritt, daß dem Knaben eine einzige der schlechten Eigenschaften anhafte, welche seine Mutter ihm zuschrieb. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagte eine Gefängnisstrafe von neun Monaten, der Gerichtshof ging aber noch über den Antrag hinaus und erkannte auf 1 Jahr Gefängnis bei sofortiger Verhaftung.

Polizeilich gestörte Andacht am offenen Grabe.

(Außergewöhnliches Leichenbegängnis oder nicht? Rede oder Gebet?)

Herr Schlitzkus in Marienhall i. Pr. hatte zu der Beerdigung seines sechs Monate alten Kindes die Verwandten und Freunde eingeladen, die zahlreich im Trauerhause erschienen, wo eine Trauerfeier stattfand, bei der der Prediger Stolz von der „Evangelischen Gemeinschaft" in Tilsit, einer sogenannten Sekte, die Rede hielt. Dann setzte sich der Leichenzug, in dem sich 15 Wagen befanden und woran außerdem eine größere Anzahl Fußgänger teilnahmen, nach dem konfessionellen Kirchhof in Groß-Friedrichsdorf, eine halbe Stunde von Marienhall, in Bewegung. Am offenen Grabe verrichtete Herr Stolz die Andacht, indem er die Gebete und liturgischen Formeln der „Evangelischen Gemeinschaft" hersagte. Inzwischen hatte der Diener Gottes von der Staatskirche in Groß-Friedrichsdorf den Herrn Landrat in Heinrichswalde gegen den „Sektenprediger" Stolz mobil gemacht und der Herr Landrat hatte seinerseits den Gendarm in Bewegung gesetzt. Der kam hinzu, als Stolz am Grabe sprach. Er untersagte ihm das Weitersprechen, zunächst vergeblich. Herr Stolz verlangte von dem Hüter der öffentlichen Ordnung, er solle ihn nicht in der Andacht stören, wich aber schließlich doch der Gewalt und unterbrach die Andacht. — Herr Stolz und Herr Schlitzkus wurden demnächst angeklagt und in zweiter Instanz wegen Uebertretung der §§ 9 und 10 des preußischen Vereinsgesetzes zu Geldstrafen verurteilt. Das Landgericht nahm ein außergewöhnliches Leichenbegängnis an, wozu nach dem Vereinsgesetz eine polizeiliche Erlaubnis erforderlich sei. Ein so großer Trauerzug und solcher Aufwand beim Begräbnis eines im Säuglingsalter verstorbenen Kindes seien etwas Ungewöhnliches. Auch sei es in den meisten Gegenden nicht hergebracht, daß derartige religiöse Feierlichkeiten von andren Personen als von Geistlichen der staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften vollzogen würden. — Herr Stolz wurde außerdem noch wegen Uebertretung einer der bekannten Polizeiverordnungen verurteilt, welche verbieten, daß „Laien" (zu denen auch der „Sektenprediger" gerechnet wurde) auf öffentlichen Begräbnisplätzen ohne polizeiliche Erlaubnis Reden halten. — Das Kammergericht wies die Revision beider Angeklagten zurück, soweit damit die Verurteilung wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes angefochten wurde. Dagegen hob das Kammergericht die Vorentscheidung auf, soweit Herr Stolz auch wegen Uebertretung der citierten Polizeiverordnung verurteilt worden ist, und verwies insoweit die Sache an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt: Der Begriff des außergewöhnlichen Leichenbegängnisses sei nicht verkannt worden. Herr Stolz könne aber nicht wegen Haltens einer unerlaubten Leichenrede verurteilt werden. Der Vorderrichter habe den Begriff der „Rede" verkannt. Es stehe fest, daß St. am Grabe nur die in der Kirchenordnung der „Evangelischen Gemeinschaft" ein- für allemal festgestellten Gebete und Formeln formularmäßig vorgetragen habe. Solche Vorträge von bestimmten Gebeten seien keine „Reden". Wenn man auch durch sie eine ganze Gemeinde erbauen könne, so seien es doch nicht Aeußerungen der Gedanken des Vortragenden, solche Gedankenäußerungen bildeten aber die Voraussetzung einer Rede.

Aus der Frauenbewegung.

Baumschulenweg. Der „Verein für Frauen und Mädchen Schönebergs und Umgegend" hält am Donnerstag, den 23. d. M., abends $8^1/_2$ Uhr, im Lokale von Senftleben, Baumschulenstraße 65, eine Wander-Versammlung ab, in der Herr Gerber referieren wird. Das Thema wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand.

Verband der Friseurgehilfen Deutschlands, Zweigverein Rixdorf. Donnerstag, den 23. Juli, abends 10 Uhr: Außerordentliche Mitglieder-Versammlung bei Thiel, Bergstr. 151—152.

Briefkasten der Redaktion.

r. **Frankfurt a. Main.** 1. Haben wir noch nicht erprobt. 2. Das betreffende Inserat war von Baer Sohn, Chausseestraße 24a. — **O. J. 3.** Läßt sich nicht absolut behaupten, wenn man die näheren Umstände nicht kennt. Maßgebend ist die betreffende Organisation, also Metallarbeiter-Verband, Engel-Ufer 15, anfragen. — **M. H. 21.** Wenn aus Leder, dann erst mit gereinigtem weißen Terpentin reinigen und mit Magnesia nachreiben. — **J. P. 987.** Soweit uns bekannt, nur für Schüler der Kunstakademie; wenden Sie sich dorthin. — **N. A. B. E. 300.** Wenden Sie sich an den Verein gegen Verarmung. Bureau: Deutscher Dom am Gendarmenmarkt. — **A. P. 10.** Fluorammonium oder auch Flußspat. — **A. Sch. 16.** Kinder bis zu 4 Jahren sind frei. — **Frau Elisabeth 60.** Krankenkasse für Frauen und Mädchen. Adresse für Berlin: B. Hinz, Prinzenstr. 66. — **W. M. 49.** Liebhaberwert; fragen Sie an in der Münzenhandlung Friedrichstr. 43.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 23. Juli 1903.

Wärmer, vorwiegend heiter und trocken bei schwachen südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Inserate

für die **nächste Nummer** müssen **bis 5 Uhr nachmittags** in der Expedition abgegeben werden. **Größere Inserate** bitten wir vorher anzumelden und **bis 4 Uhr** nachmittags einzusenden.

Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 23. Juli.

Anfang 7½ Uhr:

Neues Operntheater. Die Fledermaus.
Westen. Alt-Heidelberg.

Anfang 8 Uhr:

Berliner. Die Hugenotten.
Thalia. Das Alter.
Belle-Alliance. Die Böhmin, oder: Itta aus dem Elend.
Carl Weiß. Das Geheimnis des roten Hauses.
Apollo. Die Liebesinsel. Specialitäten.
Metropol. Neuestes! Allerneuestes!
Reichshallen. Gastspiel von Winter-Tymian.
Passage-Theater. Specialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Von der Zugspitze zum Watzmann.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter Straße 132.
Abends 8 Uhr:
Das Geheimnis des roten Hauses.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntagnachmittag 3 Uhr, Parkett 60 Pf.: **Die Grille.**
Im Garten: Große Specialitäten-Vorstellung. Anfang 5 Uhr.

Belle-Alliance-Theater.
Gastspiel des Bayerwald-Theaters
Die Waldler. 30 Personen.
Die Böhmin oder Itta aus dem Elend.
Im herrlichen Sommergarten:
Konzert, Specialitäten-Vorstellung.
Aga überflügelt durch **Ad-Ad.**
Entree 50 Pf.

Metropol-Theater.
Der grösste Erfolg dieser Saison!
Zum **193.** Male:
Neuestes! Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzende Balletts. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
— Rauchen überall gestattet. —

Apollo-Theater.
Täglich: **Die Liebes-Insel**
mit dem sensationellen **Post-Ballett.**
George Osranis Burleske-Pantomime.
Yvette. ♦ Kosmograph:
Neue Bilder-Serie.
Debut **„Merian" 1. August.**

Reichshallen

Nur bis z. 31. Juli!
Gastspiel Winter-Tymian
mit seiner Gesellschaft.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Sonnabend, 1. August: Wiederbeginn der Soiréen der **Stettiner Sänger.**

Sanssouci.

Täglich im Garten:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Anfang: Sonntags Konz. 5 Uhr, Vorstell. 7 Uhr.
Wochentags: Konz. 6 Uhr, Vorstell. 8 Uhr.
Sonnt., Mont. u. Donnerst. nach der Soiree: **Tanz.**

Fröhels Allerlei-Theater
früher **Puhlmann.**
Schönhauser Allee 148.
Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**
Heute sowie täglich der unerreicht dastehende riesengroße
Juli-Spielplan.
Hugo Schulz × Fredoff
Rossée × Leocardi-Truppe
The Firms × Starlings
Hübele-Truppe.
Um 8 Uhr: Brausender Beifall über das bis jetzt unerreichte Gesangs-Volksstück
Licht und Schatten
mit Arthur Winkler vom Thalia-Theater als Gast.
Im Saale: **Grosser Ball.**
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.
Am 1. August: Arthur Winkler-Benefiz.

Urania.
Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS Panoptikum
Friedrichstr. 165.
Die
zusammengewachsenen Schwestern
zwanzig Jahre alt, spielen Geige!

Passage-Theater.
Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Die Tritons,
Tauch- und Schwimmkünstler, 5 Minuten unter Wasser.
Lina Goltz, Vortragskünstlerin.
Kinematograph: **Das Gordon-Bennet Automobil-Rennen.**
Ganz Berlin zerbricht sich schon den **sechsten Monat** den Kopf über **AGA!**
14 erstklassige Nummern.

W. Noacks Theater.
Direktion: **Robert Dill.**
Brunnenstrasse 16.
8¼ Uhr:
Im Hause der Irrungen.
Vorher:
Ein bengalischer Tiger.
Anfang **6** Uhr.
Kaffeeküche von **3** Uhr ab.
Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saale.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Täglich:
Vollständig neues Programm.
Novität! Novität!
Verbotene Wege.
Volksstück mit Gesang in 2 Akten von Hans Müller.
Anfang 4 Uhr.

Schweizer-Garten
am Königsthor, am Friedrichshain.
Täglich: Theater und **Artisten-Vorstellung,**
Ball und **Volksbelustigungen.** Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.
Nur erstklassige Künstler.
Neue Attraktionen.
Abends 10 Uhr: **Die Amazonengarde.**
Ausstattungsposse m. Ges. in 2 Bildern.

Verband der Glasarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Emil Hermsdorf
am 19. Juli nach langem Leiden gestorben ist. 2746b
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 23. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Heilandkirchhofs zu Plötzensee statt.
Die Ortsverwaltung.

Allen Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitarbeiter, der Tischler
Hellmuth Klasen
an der Proletarier-Krankheit im 32. Lebensjahre gestorben ist.
Die Beerdigung findet am 24. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Hl. Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.
Flügelputzer-Branche der Piano-Fabrik C. Bechstein.

Heute nachmittag 7 Uhr 10 Minuten verschied sanft nach schwerer Operation kurz vor vollendetem 58. Lebensjahre mein inniggeliebter Gatte, unser treusorgender Vater, Schwiegervater, Grossvater, unser teurer Bruder

Richard Roesicke

Generaldirektor der Schultheiss-Brauerei A.-G.
Mitglied des Reichstages.

Im Namen der Hinterbliebenen
Luise Roesicke
geb. **Heuer.**

Berlin, den 21. Juli 1903.

Am 21. Juli verschied **der Vorsitzende des Ausschusses der Landes-Versicherungsanstalt Berlin**

Herr Kommerzienrat Richard Roesicke.

Der Verstorbene gehörte dem Ausschusse als Mitglied und Vorsitzender an vom 1. Januar 1890 bis 31. Dezember 1894 und vom 1. Januar 1900 bis jetzt. Durch seine hervorragende Tüchtigkeit, Sachkenntnis und Pflichttreue hat er sich um die Entwicklung unsrer Anstalt die grössten Verdienste und durch sein liebenswürdiges, zur Ausgleichung von Schwierigkeiten stets bereites Wesen sich die Achtung und Zuneigung aller seiner Mitarbeiter erworben.

Die Anstalt hat durch das Ableben ihres verdienten Ausschuss-Vorsitzenden einen schweren Verlust erlitten; sie wird das Andenken des Verstorbenen stets in Ehren halten. 12/4

Berlin, den 22. Juli 1903.

Landes-Versicherungsanstalt Berlin.

Der Vorstand: Dr. Sträter. Dr. Gordeck.
Der Ausschuss: Ed. Warnst.

Durch den am 21. d. M. nach kurzem schweren Leiden erfolgten Tod des Generaldirektors unsrer Gesellschaft

Herrn Kommerzienrat Richard Roesicke

sind wir in tiefe Trauer versetzt worden.

Von der Gründung an zum obersten Leiter der **Schultheiss' Brauerei** berufen, hat der Verblichene durch seine Umsicht, seine unermüdliche Thatkraft und rastlose Energie das Unternehmen zu grosser Blüte gebracht und sich um dasselbe unvergängliche Verdienste erworben.

Die hervorragenden Eigenschaften seines Charakters und die Reinheit seiner Gesinnung lassen uns den Heimgang dieses vortrefflichen Mannes als einen unersetzlichen Verlust beklagen und sichern ihm für alle Zeit ein treues dankbares Gedenken.

Berlin, den 22. Juli 1903.

Der Aufsichtsrat der Schultheiss' Brauerei Aktiengesellschaft.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7—9.
Direktion: **M. Kalbo.**
Täglich: **Johanniszauber.**
Operetten-Burleske in 4 Bildern von W. Gericke.
Konzert und **Ball.**
U. a.: **Georgette Langée,** Excentric-Chansonnette. **Resieps,** kom. Jongleur.
Neu! The Berlings, Neu! die singende Luftsee.
Schröder u. Denter ? ? ? ? Affenstreiche, große Pantomime der **Gelin-Truppe.** Anfang 4 Uhr. Eintr. 30 Pf., num. Platz 50 Pf.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz. Rüdersdorferst. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.

Zoologischer Garten
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Doppel-Konzert.
Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 J. die Hälfte.

Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Konzert
des berühmten Orchesters des Signor **Vincenzo Ferrara.**
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Kaiser-Saal: Tanz.

Diez' Specialitäten-Theater
Landsberger Allee 76-77
(Ringbahn-Station).
Ob schön! Ob Regen!
Täglich das unerreichte Riesen-Juli-Programm!
Gontarro Kikutta. Amanda Harold. Hedwig Mora. Die vier Vollmers. The Ryrons. Elsa & Paul Jeschock. Duskes Bioskop usw.
Sonnab., Sonntag, Montag: **Tanz.**
Anf. Wochent. 5 Uhr, Sonnt. 4 Uhr.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Tägl. Im herrl. Garten: Tägl.
Grossart. Programm.
Elly Deliasey, Eugen Milardo, Bonnet-Trio, Miss Bella Field, Dettmar u. Margarit, Rud. Schaup.
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag:
Tanz.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Buss Salon und Garten
Inh. **Chr. Theel,**
Gr. Frankfurterstr. 85,
empfiehlt sich den geehrten Vereinen zu Festlichkeiten. Montag, Mittwoch und Sonnabend frei. 2120Z*

Für den Generalvertrieb in ganz Deutschland sucht eine Schweizer-Uhrenfabrik einen kreditfähigen Unternehmer, der sich für die mustergeschützte socialdemokratische

Arbeiteruhr

interessiert. Großer Erfolg voraussichtlich.

Man wolle sich gefl. unter Chiffre **P. 2204 C.** an **Haasenstein & Vogler, La Chaux de Fonds** (Schweiz) wenden. 131/2*

Gestern abend 7¼ Uhr verschied an den Folgen einer schweren Operation im beinahe vollendeten 58. Lebensjahre der Generaldirektor unsrer Gesellschaft

Herr Richard Roesicke.

Tief erschüttert stehen wir an der Bahre des Mannes, der nahezu 40 Jahre seine Kräfte unserm Hause gewidmet und die Schultheiss' Brauerei von kleinen Anfängen zu einer Entwicklung geführt hat, wie sie die Begründer derselben sicherlich weder geahnt noch zu erhoffen gewagt hatten.

Der Verstorbene war uns ein leuchtendes Vorbild strengster Pflichterfüllung und nie rastender Arbeit, mit Stolz blickten wir auf ihn, unter dessen Leitung unsre Gesellschaft zu immer grösseren wirtschaftlichen Erfolgen gedieh. Wir verlieren aber in ihm nicht nur unsren bewährten langjährigen Führer, sondern auch einen wahren und aufopfernden Freund von echt humaner Gesinnung, vornehmem Charakter und edler Denkungsweise. Anerkennung und Dankbarkeit begleiten ihn zur Ruhestätte und über das Grab hinaus bleibt ihm das segnende Gedenken seiner Mitarbeiter.

Berlin, den 22. Juli 1903.

Die Direktion der Schultheiss' Brauerei Aktien-Gesellschaft.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 25. Juli, vorm. 10 Uhr, von der Schultheiss' Brauerei, Abteilung I, Schönhauser Allee 36/39, aus nach dem Petri-Kirchhofe, Friedenstrasse, statt.

Hasenheide 108—114. Neue Welt Arnold Scholz.
Donnerstag, den 23. Juli 1903:
Riesen-Feuerwerk
des Pyrotechnikers **A. Bock.** 21522
Militär-Konzert.
Grosse Specialitäten-Vorstellung.
Anfang 5 Uhr. Billets im Vorverkauf 40 Pf. Entree 50 Pf.
Inhaber von Passepartouts zahlen 25 Pf. pro Person nach.

Max Kliem's Sommer-Theater
Hasenheide 13—15. — Artistische Leitung: **Paul Milbitz.**
Täglich: 17182*
Grosses Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: **Sommerfest.** — Jeden Mittwoch: **Die beliebten Kinderfeste.** — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Die **Kaffeeküche** ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochelegante Kegelbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand 2c.
In den Sälen: Familien-Kränzchen.

Schloss Weissensee.
„Zum Sternecker", Inhaber: **C. Koch.**
Täglich: **Grosse Theater-Specialitäten-Vorstellung.**
Riesenprogramm, 40 Nummern. Im Bal champêtre: **Grosser BALL.**
Illumination der Fontaine lumineuse. Jeden Mittwoch:
Grosses Kinderfreudenfest mit Gratis-Verlosung.
Jeden Donnerstag: **Grosses Monstre-Elite-Feuerwerk u. Doppelkonzert.**
Jeden Sonntag: **Grosses DOPPEL-KONZERT.**
Kaffeeküche. — Volksbelustigungen aller Art.

Gestern nachmittag 7¼ Uhr verschied nach kurzem schweren Leiden unser allverehrter Chef, der Generaldirektor der **Schultheiss' Brauerei**

Herr Richard Roesicke.

Sein unerwarteter Tod erfüllt uns mit schmerzlicher Trauer. In dem teuren Entschlafenen verlieren wir nicht nur einen über alles verehrten und hochgeschätzten Vorgesetzten, der länger als ein Menschenalter hindurch an unsrer Spitze in unermüdlicher Thätigkeit und hingebender Pflichterfüllung gewirkt hat, sondern auch einen wahrhaft väterlichen Freund und allzeit bereiten, eifrigen Förderer unsrer Interessen.

Der Verstorbene war unablässig bemüht, die wirtschaftliche Lage seiner Angestellten zu verbessern und diese auch in den Tagen der Krankheit und Invalidität vor der Sorge um das tägliche Brot zu bewahren.

Dankbaren Herzens werden wir seiner für alle Zeit gedenken.

Berlin, den 22. Juli 1903.

Die Meister, Beamten und Angestellten der Schultheiss' Brauerei Aktiengesellschaft.

Danksagung. 2155L

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung unsres lieben Sohnes und Bruders

Edmund Friebe

insbesondere dem Gesang-Verein „Moabiter Liederkranz" und der Vereinigung der Maler (Filiale Berlin I) sagen wir hiermit unsren herzlichsten Dank.

Die trauernden Eltern u. Geschwister.

Sagen hiermit allen Freunden, Bekannten und Verwandten für die reiche Beteiligung und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unsres lieben, unvergeßlichen Sohnes und Bruders herzlichen Dank. 2153L

Wwe. Gaede und Geschwister.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
Specialarzt für [8/17*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Achtung! Bauarbeiter Berlins u. Umgegend. Achtung!

Verband der Bau-, Erd- u. gewerbl. Hilfsarb. Deutschl.

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 26. Juli 1903, mittags 12 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal):

Versammlung aller zu Stundenlohn beschäftigten Bauarbeiter.

Tagesordnung:

1. Welche Stellung nehmen wir gegen diejenigen Baugeschäfte ein, die den Vertrag nicht innehalten. Referent: Kollege **Karl Heidemann.**
2. Diskussion.
3. Verbandsangelegenheiten.

Kollegen! Da noch ein Teil der Baugeschäfte mit circa 1000 Bauarbeitern vorhanden ist, die nicht nach dem Vertrag entlohnen, so ist es aller Kollegen Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Alle Bauarbeiter werden ersucht, die Lohnarbeiter auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. Mitgliedsbuch legitimiert.

39/9 **Die Ortsverwaltung.** J. A.: **Karl Heidemann.**

Verband der Tapezierer.

Filiale Berlin.

Freitag, den 24. d. M., abends 8 Uhr,

im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Ausserordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:
Die letzten Vorgänge in unsrer Organisation.

Ohne Mitgliedsbuch wird niemand eingelassen.

177/11 **Die Ortsverwaltung.**

General-Versammlung der Krankenkasse der Hutmachergesellen zu Berlin (E. H. No. 67.)

Montag, den 27. Juli 1903, abends 8 Uhr, bei **A. Feind,** Weinstraße 11.

Tagesordnung:
1. Kassenbericht. 2. Wahl des Ausschusses. 3. Statutenveränderung. 4. Verschiedenes.

Wegen der wichtigen Tagesordnung ist Erscheinen der Mitglieder dringend geboten. 2743b

Der Vorstand. D. Tschoppe.

Nowawes.

Sonntag, den 26. Juli, im Lokale des Herrn Bernhardt, Priesterstr. 31:

Grosses Gewerkschaftsfest,

verbunden mit **Vokal- und Instrumental-Konzert,** unter Mitwirkung des Gesangvereins **„Arbeiter-Maibund"** (M. d. A.-S.-B.) 203/12 und des Turnvereins **„Freiheit"** (M. d. A.-T.-B.).

Festrede des Reichstags-Abgeordneten Fritz Zubeil.

Bei eintretender Dunkelheit **Kinder-Fackelpolonaise**; jedes Kind erhält eine Fackel gratis. — Kassenöffnung 2 Uhr. — Anfang des Konzerts 3 Uhr. Entree a Person **20 Pf.** — Abends von 7 Uhr an **Tanz.** Herren, die daran teilnehmen, zahlen **50 Pf.** nach. **Das Gewerkschaftskartell.**

Neue freie Volksbühne.

Sonntag, den 26. Juli, nachmittags 2½ Uhr, im Berliner Theater:

Zar und Zimmermann. Oper von **Albert Lortzing.**

Karten für Mitglieder und Gäste a 1 M. sind in allen Zahlstellen sowie beim Kassierer zu haben. 150/15

Der Vorstand. J. A.: **H. Nest,** Kassierer, Veteranenstr. 6.

„Marienlust".

In den Müggelbergen, direkt an der Dahme gelegen, mit circa 150 Meter Wasserfront, nimmt es als Ausflugsort in der näheren Umgebung Berlins in landschaftlicher Beziehung einen hervorragenden, wenn nicht den ersten Platz ein.

Das Restaurant bietet einen **wohlgepflegten, geräumigen Garten** mit herrlichem Blick auf die verkehrsreiche „wendische Spree", **drei große Säle mit Pianinos, vier Kegelbahnen, große Spielplätze,** besitzt eigne **Dampfer-Anlegestelle, Stege für Ruder- und Segelboote,** sowie auch Ausspannung; Aufstieg nach dem Müggelturm. — Regelmäßige „Stern"-Dampfer-Verbindung zwischen Berlin—Cöpenick—Grünau—Schmöckwitz. — Gediegene Küche. Ausschank von Münchener und Böhmischem Brauhaus-Bier. Kaffeeküche.

Bei größeren Partien von Vereinen, Fabriken ꝛc. bitte um vorherige Anmeldung. Hochachtend 2092L*

Richard Streichhan, Restaurateur. — Telephon: Amt Cöpenick: **„Marienlust".**

Lichterfelder Kranken- und Sterbekasse

für sämtliche Berufszweige (E. H. 54).

Sonntag, den 26. Juli 1903, mittags 1 Uhr, im Restaurant **E. Richter** (Vogel), Groß-Lichterfelde, Chausseestr. 104,

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Halbjährlicher Kassenbericht. 2. Bericht von der Generalversammlung und dem Kongreß der Krankenkassen Deutschlands. 3. Bericht des Delegierten zur Centralkommission. 4. Arztfrage. 5. Verschiedenes.

275/2* **Der Vorstand.**
F. Geisen-Kersting, Vorsitzender.

H In Ltr.-Fl. empfehle: Cognac 1,25—10,35, Rum 1,00—5,60. Nordhäuser 0,45—1,25, Liqueure, Eiercognac, Citronen- und Himbeersaft, Port- u. Ungarweine gut u. billigst.
Carl Schindler, Chausseestr. 55, Liqueurfabrik.

Besten Nordhäuser

Liter von 50 Pf. an, garantiert reines Getreideprodukt. ff. Liqueure. [1969L*
Martin Berndt, Ritter- u. Prinzenstr.-Ecke.

Freie Volksbühne.

Eine neue Abteilung wird eröffnet.

Anträge auf **Aufnahme** von Mitgliedern werden in allen **Zahlstellen** entgegengenommen. Bei der Anmeldung ist gegen vorläufige Quittung das **Einschreibegeld** (30 Pf.) und die **September-Beitragsrate** (80 Pf.) in der **Zahlstelle zu hinterlegen.**

Die alten Mitgliedskarten müssen in den Zahlstellen abgegeben und gegen neue umgetauscht werden.

Der August-Beitrag beträgt **65 Pf.**

Etwaige Umschreibungen in andre Zahlstellen sind im Juli zu bewirken.

Achtung! Zahlstelle No. 32 (Rixdorf) befindet sich von jetzt ab bei **R. Pressler,** Restaurant, Ziethenstr. 69. Die Mitglieder dieser Zahlstelle werden gebeten, dort ihre alten Mitgliedskarten abzugeben.

229/8 **Der Vorstand.** I. A.: G. Winkler.

Grosse Dampfer-Fahrt

mit Musik nach Ziegenhals (Sporthaus)

Restaurant **Mörschel.** Herrlich am Crossin-See bei Rauchfangwerder gelegen,

Sonntag, den 26. Juli 1903.

Abfahrt 8 Uhr früh (Kahnt & Herzer) an der Stralauer Brücke.
Fahrpreis: Hin- und Rückfahrt 1 Mark. 21582*

Billets sind im Restaurant Krause, Alexanderstraße 13, sowie an Bord des Dampfers zu haben. **Das Komitee.**

✚ Männer-Vortrag ✚

morgen, Freitagabend 8½ Uhr. Kommandantenstr. 20. Arminhallen, über: **Sexual-Erkrankungen, Gonorrhoe, Schwächezustände, sexuelle Neurasthenie,** vom prakt. Naturheilkundigen **Grundmann. Kurheilanstalt: Köpnickerstraße 72.** Sprechstunden 11—2, 6—8 Uhr. Naturheilv. Reform. Gäste 20 Pf. Eintritt. 21542

Fachverein Berliner Civilmusiker.

Verschiedene triftige Umstände zwangen uns, das Vereinslokal zu wechseln, unsre 50/5

„Musiker-Börse"

befindet sich jetzt: **Gipsstr. 3.** Telephon: Amt III, 1510.

Erbitten Musikbestellungen nur nach dort.

Für gute und gewissenhafte Ausführung leisten wir Garantie.

Der Vorstand.

H. Saltzmann, Tabakfabrik und -Handlung,
Berlin S., Luisen-Ufer 3, am Engelbecken, Gegründet 1863
empfiehlt als Specialität: 1694L*

Magdeburger und Nordhäuser Kautabak

sowie alle Sorten Rauch- und Schnupftabake.
Billigste Preise! Lieferung frei ins Haus! Fernsprecher Amt IV 8513.

Bekanntmachung.

Gemeins. Ortskr.-Kasse für Mariendorf und Umgegend.

Am Sonntag, den 2. August d. J., vormittags 9½ Uhr:

Ausserordentliche Generalversammlung

im Restaurant **Setzefand,** Mariendorf, Feldstraße 14, zu der die Herren Delegierten ergebenst eingeladen werden.

Tagesordnung:
1. Wahl eines Arbeitnehmervertreters in den Vorstand.
2. Statutenänderung zur **Novelle** des Kr.-V.-G. von 1903.
3. Verschiedenes.

Mariendorf, d. 20. Juli 1903.
C. Schröder,
275/1 1. Vorsitzender.

Steppdecken

Gelegenheitskauf!

Cretonne,	doppelseitig	2,65
Purpur,	doppelseitig	2,50
Tricot,	doppelseitig	3,50
Wollatlas,	alle Farben	4,85
Similiseide,	alle Farben	5,25
Normal-Schlafdecken		2,00, 3,00 Mk.

Special-Haus **Emil Lefèvre,**
Berlin S., Oranienstrasse 158.

Inhaber eines Hauses mit 7 Miets-Wohnungen und Geschäftsladen, für jegliches Geschäft passend, Restaurant mit Saal, Garten und Kegelbahn, geräumige Vereins- und Fremdenzimmer wünscht krankheitshalber zu verkaufen. Reflektanten bitte mit mir direkt in Verbindung zu treten.
Franz Köber, ABC-Str. 17, **Wismar** 2089L* (Meckl.-Schwerin).

Dr. Schünemann

Specialarzt für **Haut-, Harn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.** ½12—½3, ½6—½8, Sonnt. 9-11.

Bilanz-Fertigstellung,

zweckmäßige **Einrichtung,** zeitweise **Fortführung** der **Geschäfts-Bücher, Bücher-Revisionen** durch **Wilhelm Münch** in **Naumburg a. S.,** beeidigter Bücherrevisor.

Jedes Wort: **5 Pfennig.** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Partei-Lokal, flottgehendes, sofort billig zu verkaufen, **Witwe Ida Rohde,** Höchstestraße 30. 2693b*

Bahnhof Wildau, bei Zeuthen, Hoherlehme, Schwartzkopffabrik, Görlitzer, hochgelegene prachtvolle Baustellen, Rute 20 Mark, ohne Anzahlung, nur Zinsen 10 Jahre fest. Vermittler erhalten 20 Mark Abschluß-Prämie. **Dornblatt,** Gastwirt, Hoherlehme; Restaurant Carl, Prinzessinnenstraße 4; Kabermann, Insterburgerstraße 19. 1701K*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Herrenanzüge, Sommerpaletots, Beinkleider, zurückgesetzte, hochvornehme, spottbillig. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, 1 Treppe. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 93/2*

Spottbillig Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Portieren, Wäsche, Anzüge, Remontoiruhren, Uhrketten, Regulatoren, Möbel, Spiegel, Bilder. Leihhaus Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. *

Fahrräder, Teilzahlungen, 125 Mark, Invalidenstraße 148, Skalitzerstraße 40. 1763K*

Nähmaschinen-Geschäft Wasserthorstraße 14 liefert sofort sämtliche Systeme ohne Anzahlung. Wöchentlich 1,00. 2732b*

Nähmaschinen! Ringschiff, Adler, Central-Bobbin, Orion, Tambourier-Wheeler u. Wilson, Elastic, Säulen, u. a. m. Prima Qualität, solide und elegante Ausstattung, Preise billigst, bei Abzahlung coulanteste Bedingungen. Drei Jahre reelle Garantie. **E. Bellmann,** Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. Alte Maschinen nehme in Zahlung. 1725K*

Cigarrengeschäft verkäuflich. Adlershof, Friedenstraße 1. 2517b

Strickmaschinen, Mühlhausener, Schlauchschloß, guter Erwerb, Erlernen leicht, günstige Bedingungen. Hamburger, Spandauerbrücke 2. *

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Steppdecken, spottbillig, Fabrik Weinstraße 20. †97*

Gaskocherhaus! Zweilochgaskocher 3,00, Dreilochgaskocher 7,00, Gasbügelapparate, Gasplätteisen, Gasbeleuchtung, spottbillig! Petroleumkocher, zweiflammig 2,00 Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 2495b*

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, ⅛ Tonne 3,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Porter-Kellerei Ringler, Bernauerstraße 119. 93/18*

Vorjährige elegante Herren-Frühjahrs- und Sommerpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25 bis 40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 1719K*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Paneelsofa, Salon-Garnitur, Trumeau, Taschensofa, Chaiselongue, Kommandantenstraße 40, I. 11/20

Schankgeschäft billig zu verkaufen. Miete 1700 Mark. Auskunft Porzellangeschäft Wrangelstraße 19. *

Restaurant, gut gehend, mit Vereinen und Zahlstellen zu verkaufen. Preis 2500, Miete 1500, Bierverbrauch 22 bis 25 Halbe monatlich. Brauerei hilft. Zu erfragen Cuvrystraße 47 im Lokal. †16*

Restaurant krankheitshalber verkäuflich. 1000 Mark. Brauerei hilft. Bäckermeister Katz, Wasserthorstraße 5.

Restauration, billige Miete, gangbar, ist wegen Krankheit für jeden annehmbaren Preis sofort zu verkaufen. Zu erfragen: Wüst, Rixdorf, Hermannstraße 37/38. †131

Elegante gestochene Säulenwirtschaft verkauft junger Mann spottbillig. Garnitur, Säulentrumeau, auch einzeln. Händler ausgeschlossen. Auskunft Restaurant Bergstraße 2. 12/2

Restaurant, altes Geschäft, Brauereihilfe, Preis 1700. Förster, Grünauerstraße 33, Hof parterre, von 12—2 Uhr. 2751b

Ringschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpnickerstraße 60/61, Brenzlauerstraße 59/60 und Große Frankfurterstraße 43. †97*

Schankgeschäft billig verkäuflich Rixdorf, Ziethenstraße 13, Kohlenplatz.

Restauration im Vorort verkäuflich, 1200 Mark. Näheres Friedrichsberg, Rummelsburgerstraße 57, R. Werner. †128

Halbrenner, moderner, eleganter Bau, sämtliches Zubehör, sogleich ganz billig verkäuflich Große Frankfurterstraße 14, im Keller. 2753b

Damenrad, wie neu, verkauft Krebs, Teltowerstraße 42 I, links.

Flottgehendes Grünkram-, Obstgeschäft, Drehrolle, verkauft krankheitshalber Braun, Oranienstraße 98.

Verschiedenes.

Patentbureau Dammann, Moritzplatz 57. 2722b*

Rechtsbureau. Gerichtsklagen, Eingabengesuche, Strafsachen, Raterteilung. Pelsch, Brunnenstraße 97.

Rechtsbureau. Grüner Weg vierundneunzig (Andreasplatz), Gerichtsbeistand, Alimentensachen, Eingabengesuche, Raterteilung. Langjährige Erfolge! 2713b*

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Eingabengesuche, Raterteilung. Falk, Brunnenstraße 40. 2717b*

Die Ursachen, weshalb die Arbeiter Moabits, speciell die Metallarbeiter ihre Arbeitskleidung bei Schlesinger kaufen, liegen in der außerordentlichen Leistungsfähigkeit dieser Firma.

Kunststopferei von Frau Kolosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre. *

Fahrradgesuch, auch defekt, Rahlaff, Schönhauser Allee 163a. 93/19*

Fahrradbeleihung, auch Nähmaschinen, Kantstraße 55. †133*

Vereinszimmer, großes frei Simeonstraße 23, Flick. 1738K*

Kremser Sonntag, 26. Juli frei. Strahl, Wrangelstraße 136. †121

Vereinszimmer, Kegelbahn frei, Brunnenstraße 150. 2758b*

Vereinszimmer, 40 Personen, Pianino, zu vergeben, Kommandantenstraße 65, Ladewig. 1762K*

Platina, Gold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Brillanten, Blattgold, Kehrgold kauft Brod, Wrangelstraße 4. 12/3*

Lindemann, Brandenburgstraße 6. Musikunterricht. 2754b

Vermietungen.

Laden nebst Wohnung für Kolonialwaren, Drontheimerstraße 6. †78*

Wohnungen.

Mühlenstraße 8, nahe Warschauerbrücke und Oberbaum, sind zum 1. Oktober freundliche Hofwohnungen billig zu vermieten. Näheres daselbst beim Verwalter. 1737K*

Zweizimmer-Wohnungen, herrliche, billigst Zellestraße 15 (Osten).

Rummelsburg, Kantstraße 38, Vorderhaus, Kleinwohnungen zum Oktober. 2731b*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Volkssänger-Gesellschaft Lewandowsky, Beusselstraße 28. †89*

Buchhalter, Korrespondent, englisch, französisch, sucht Nebenbeschäftigung, auch stundenweise. „Argus", Postamt 17. 2740b*

Stellenangebote.

Tüchtigen Lackierer verlangt Fernikow, Eberswalde, Nagelstraße 19.

Zwei tüchtige Bautischler werden Keibelstraße 2 verlangt. 2756b

Per sofort gesucht tüchtiger Kürschnergeselle auf bessere Arbeit. A. C. Bang, Kopenhagen. †67

Tüchtiger Emballierer sofort verlangt. Berg, Chausseestraße 82. 2755b

Tüchtige Klempner gesucht auf Brenner. Eckel u. Glinicke, Wasserthorstraße 50. 12/1*

Korbmacher auf Luxus suchen Schmidt u. Brückmann, Luisen-Ufer 4.

Steinmetz, tüchtiger, als Vorarbeiter in Marmorwerkstatt gesucht. Offerten unter Chiffre N. 5 an die Expedition. 2748b

Mädchen für nachmittags verlangt Wegner, Bankstraße 45a. †78

Kartonarbeiterin, geübte, verlangt Anders Nachfolger, Adalbertstraße 7 2725b*

Geübte Knabenpaletot-Arbeiterinnen, auch Anlernen, verlangt May, Reichenbergerstraße 137. †16*

Schirmfutterale! Näherinnen, welche Schirmfutterale gutpassend und sauber arbeiten, werden lohnend und dauernd beschäftigt bei Remak u. Silber, Krausenstraße 39. 2705b*

Schneiderinnen verlangt Schröder, Pankow, Kaiser Friedrichstraße 67. [2706*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Redakteur Dr. phil.,

in allen Fächern der Journalistik bewandert, sucht **Stellung.** Off. unter **J. M. 7908** bef. **Rudolf Mosse, Berlin SW.**

Parteigenosse, 33 Jahre alt, verh., redebegabt, in schriftl. Arbeiten jeder Art bewandert, sucht, gestützt auf seine guten Kenntnisse u. seine bish. agitatorische Thätigkeit in Partei- u. Gewerkschaftsinteressen zum 1. Okt. cr. oder später Stellung irgend welcher Art an **Parteizeitung** oder **Arbeitersekretariat** ꝛc. Off. unter **O. 5** bef. d. Exp. des „Vorwärts".

Achtung, Holzarbeiter!

In der **Möbeltischlerei** von **J. Kraus, Weißensee,** Langhansstraße 22, sind Differenzen ausgebrochen. Zuzug ist streng fernzuhalten. 81/19

Gesperrt ist ferner **Hahn & Metzkow,** König-Chaussee 71.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!

Musikinstrumenten-Arbeiter!

Die **Pianofabrik** von **Nieber & Co., Alexanderstr. 22** und **Wallner-Theaterstr. 26/27,** ist wegen Differenzen für sämtliche Branchen **gesperrt.** 142/2*

Agitations-Kommission und Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Achtung, Kürschner!

Da mit der Kürschner-Innung und dem Verein der Pelzwaren-Fabrikanten die Differenzen durch das Einigungsamt des Gewerbegerichts beigelegt sind, finden die Veröffentlichungen nur noch nach Bedarf statt.

Die Sperre ist infolgedessen **über** folgende Firmen aufgehoben:

E. Naumann, Jerusalemerstr. 28.
A. Doll, Niederwallstr. 5.
W. Reinicke, Neue Friedrichstr. 9/10.
Jacob & Landsberger, Niederwallstr. 10.
Wohlmann & Co., Spittelmarkt 11.
A. Stiller, Jägerstr. 25.
D. Lewin jun., Neue Friedrichstr. 59.
F. Girke, Potsdamerstr. 111.
L. Bauchwitz sen., Neue Königstr. 85.
A. S. Segall, Oberwallstr. 19.
J. Geisler, Alexanderstr. 8a.
Kirmse & Bautz, Markgrafenstr. 27a.

Bewilligt haben noch:

Pelzbranche:
Fr. Hahn, Alte Jakobstr. 2.
O. Nest, Stralauerstr. 48.

Mützenbranche:
G. Brauns, Barnimstr. 46.

Gesperrt bleiben:
Perleberg, Kronenstr. 21.
Horpich Söhne, Leipzigerstr. 11.
Janklowitz, Hausvogtei-Platz 5.
Müntel, Ziegmannstr. 13.
Goldstein & Sohn, Alexanderstr. 22.
Schmidt, Nachf. Gebr. Wolf, Linkstr. 1

Mützenbranche:
Jellinek, Blumenstr. 79.
W. Nix, Barnimstr. 41a.
J. Heilbrunn, Neue Königstr. 10.
J. Kranig, Weberstr. 33.
Peltzer, Ryckestr. 7.

Wir ersuchen die Kolleginnen **und** Kollegen dringend, nur **durch unsren** Arbeitsnachweis (Restaur. **Marquardt,** Mendelssohnstr. 9) Arbeit nachzusuchen.

Der Vorstand des Verbandes der Kürschner Berlins und Umgegend. 102/7*
J. A.: Grandel, Vorsitzender.

Verantwortlicher Redakteur: **Julius Kaliski** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.